

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR GESCHICHTE
REIHE I: ALLGEMEINE UND DEUTSCHE GESCHICHTE
BAND 6

Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland
während der Periode
der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918

BEITRÄGE ZUM 40. JAHRESTAG
DER GROSSEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION

*Herausgegeben vom Institut für Geschichte an der
Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
unter der Redaktion von Prof. Dr. Albert Schreiner*



A K A D E M I E - V E R L A G · B E R L I N · 1 9 5 7

Copyright 1957 by Akademie-Verlag GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 8, Mohrenstraße 39

Lizenz-Nr. 202 · 100/582/57

Satz, Druck und Bindung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 799

Bestell- und Verlagsnummer: 2083/I/6

Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

ALBERT SCHREINER

Vorwort	V
Einleitung	VII

HEINRICH SCHEEL

Der Aprilstreik 1917 in Berlin	1
Kapitel I Das Anwachsen der Friedensbewegung und ihre Befruchtung durch die russische Februarrevolution	3
Kapitel II Am Vorabend des Streiks	14
Kapitel III Der Ausbruch und das Ausmaß des Streiks	24
Kapitel IV Der Verlauf der Demonstrationen und Versammlungen am ersten Streiktag	32
Kapitel V Der Kampf gegen die Abwürgelolitik der rechten Partei- und Gewerkschaftsführung am zweiten Streiktag	42
Kapitel VI Die Fortsetzung des Streiks in verschiedenen Großbetrieben unter politischen Losungen	50
Kapitel VII Das Einsetzen des reaktionären Terrors und das Ende des Streiks	63
Kapitel VIII Die Furcht der herrschenden Klasse vor einem erneuten Ausbruch des Streiks und ihre Gegenmaßnahmen	70
Kapitel IX Die Lehren des Streiks	83

HANS-JOACHIM BERNHARD

Die Entstehung einer revolutionären Friedensbewegung in der deutschen Hochseeflotte im Jahre 1917	89
Kapitel I Die Vorbereitung der revolutionären Mannschafsbewegung	95
Kapitel II Die Entstehung einer revolutionären Mannschafsbewe- gung unter dem Einfluß der russischen Februarrevolution (März—Juni 1917)	101
Kapitel III Die persönliche Fühlungnahme der revolutionären Mann- schaften mit der Führung der USPD	113

Kapitel IV	Der Aufbau illegaler revolutionärer Mannschaftsorganisationen und die Durchsetzung der Menagekommissionen im IV. Geschwader (Juni/Juli 1917)	124
WALTER BARTEL		
Der Januarstreik	1918 in Berlin	141
Kapitel I	Die Spartakusgruppe als Initiator und Organisator des Streiks	143
Kapitel II	Die Massen kämpfen — die sozialdemokratischen Führer verraten	157
Kapitel III	Lehren und Folgen des Januarstreiks	175
KURT ZEISLER		
Die revolutionäre	Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918	185
Kapitel I	Die speziellen Verhältnisse in der Kriegsmarine	187
Kapitel II	Der Beginn der revolutionären Bewegung unter den Matrosen. Die Verhinderung des Flottenvorstoßes	192
Kapitel III	Der bewaffnete Aufstand in Kiel	199
Kapitel IV	Die Ausbreitung der Bewegung durch die Matrosen	213
Kapitel V	Die Versuche des kaiserlichen Staatsapparates, die Revolution zu unterdrücken	225
ALBERT SCHREINER / GÜNTER SCHMIDT		
Die Rätebewegung	in Deutschland bis zur Novemberrevolution	229
Kapitel I	Die Räte als Kampf- und Machtorgane der proletarischen Revolution	231
Kapitel II	Keimformen der Räte in Deutschland	237
Kapitel III	Nach der Februarrevolution in Rußland werden in Deutschland die ersten Räte gebildet	244
Kapitel IV	Eine neue Phase der Rätebewegung in Deutschland nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution	270
ROBERT LEIBBRAND / KLAUS MAMMACH		
Die Stellung der	Arbeiterparteien in Deutschland zu einigen Problemen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution	309
Kapitel I	Die Stellung der Arbeiterparteien zur Errichtung der Sowjetmacht und zum Brester Frieden	313
Kapitel II	Die Stellung der Arbeiterparteien zur Diktatur des Proletariats und ihre Haltung in der deutschen Novemberrevolution	329
Personenregister		350
Autorenverzeichnis		354

VORWORT

Der vorliegende Sammelband ist ein Beitrag marxistischer deutscher Historiker zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In diesem Band werden folgende Ereignisse behandelt: Der Aprilstreik 1917 in Berlin; Die Entstehung einer revolutionären Friedensbewegung in der deutschen Hochseeflotte im Jahre 1917; Der Januarstreik 1918 in Berlin; Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918. Zwei weitere Abhandlungen sind der Untersuchung folgender Problemkreise gewidmet: Die Rätebewegung in Deutschland bis zur Novemberrevolution; Die Stellung der Arbeiterparteien in Deutschland zu einigen Problemen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

In den genannten Arbeiten sind in reichem Maße Akten von Behörden des kaiserlichen Deutschlands verarbeitet, die bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt waren. Um ein möglichst umfassendes Bild der Ereignisse von 1917/1918 zu gewinnen, ist es für die weitere Forschungsarbeit erforderlich, in stärkerem Maße die Betriebs- und Stadtarchive der Deutschen Demokratischen Republik auszuwerten, vor allem aber auch die Archive der Länder und Städte der Deutschen Bundesrepublik. Bei gegenseitigem Entgegenkommen von Archivaren und Historikern aus beiden Teilen Deutschlands müßte eine solche Zusammenarbeit möglich werden.

Es ist begreiflich, daß in einem Sammelband, der Arbeiten über chronologisch aufeinanderfolgende Ereignisse und Untersuchungen über Probleme enthält, denen die Ereignisse der ganzen Periode 1917/1918 zugrunde liegen, Überschneidungen nicht gänzlich vermeidbar sind. Sie wurden durch Aussprachen mit den Autoren auf ein Mindestmaß beschränkt. Das verlangte von einigen Autoren Verzicht auf ausführlichere Behandlung von wichtigen Problemen, die ansonsten im Rahmen ihrer Arbeiten ausführlicher darzustellen gewesen wären. So hat z. B. Walter Bartel in seiner Arbeit über den Januarstreik 1918 die Rätefrage mit Rücksicht auf den gesonderten Beitrag über dieses Problem in unserem Sammelband nicht eingehend behandelt.

Erfreulicherweise konnten in diesem Sammelband Beiträge jüngerer Historiker berücksichtigt werden, u. a. die von H.-J. Bernhard und K. Zeisler beigesteuerten Teile ihrer Dissertations- bzw. Diplomarbeiten. Ein bescheidener Schritt auf dem Wege der vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin angestrebten Koordinierung der Arbeit der Historiker der Deutschen Demokratischen Republik ist insofern getan, als auch Historiker anderer Institutionen Arbeiten zum Sammelband beigesteuert haben. Allen Mitarbeitern am Sammelband, besonders auch meinem Assistenten, Joachim Petzold, danke ich herzlich für die von ihnen geleistete Arbeit.

Berlin, Ende September 1957

Albert Schreiner

EINLEITUNG

Die weltgeschichtliche Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatten nur wenige Menschen vorausgeahnt, als die revolutionären russischen Matrosen des Kreuzers „Aurora“ durch ihr Geschützfeuer auf das Winterpalais in Petrograd am 7. November 1917 den Auftakt zur größten und bedeutendsten Revolution der Menschheitsgeschichte gaben. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war der Anfang vom Ende aller bisherigen, auf Ausbeutung von Menschen durch Menschen gegründeten Gesellschaftsordnungen. Die Vorgeschichte der Menschheit war abgeschlossen. Die wahre Menschwerdung, die Epoche des Sozialismus und Kommunismus begann ihren Siegeslauf.

Vom Erscheinen des Kommunistischen Manifestes — dem ersten Gesamtprogramm des wissenschaftlichen Sozialismus — bis zum Beginn der Verwirklichung des Sozialismus als neue gesellschaftliche Daseinsform durch die siegreiche Oktoberrevolution waren nicht ganz sieben Jahrzehnte vergangen. Das ist geschichtlich gesehen eine wahrhaft kurze Zeitspanne. Die Pioniere und Bahnbrecher dieser bedeutendsten weltgeschichtlichen Umwälzung waren die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands unter Führung Lenins und der bolschewistischen Partei. Sie haben als erste den Schritt in der Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat vollzogen. Das ist ein unvergängliches Verdienst um die Menschheit. Nahezu drei Jahrzehnte haben sie *allein* gegen eine Welt von Feinden, in schweren Kämpfen und unter schier unvorstellbaren Entbehrungen und Opfern den Sozialismus auf einem Sechstel der Erde aufgebaut.

Im antifaschistischen Befreiungskrieg verteidigten die ruhmreichen Völker der Sowjetunion das Land des Sozialismus gegen die seinerzeit mächtigste Militärmaschine der Welt — die des faschistischen Deutschlands und seiner Verbündeten — und zerschlugen sie. Die Völker der Sowjetunion befreiten nicht nur ihr Land von den faschistischen Räubern, sondern bahnten auch all den Völkern, die heute im sozialistischen Weltlager vereint sind, den Weg in die lichte Zukunft des Sozialismus. Mehr noch: die ruhmreichen Völker der Sowjetunion retteten die Menschheit vor dem Untergang in die Barbarei. Das erstritten sie mit einem Heldenmut, der in der Geschichte nicht seinesgleichen hat, mit dem Blutopfer von vielen Millionen Menschen,

unter harten Entbehrungen, um den hohen Preis vieler zerstörter Städte und weiter verwüsteter Gebiete ihres Landes.

Vier Jahrzehnte nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist die Sowjetunion die führende Macht, das Kraftzentrum des unbesiegbaren sozialistischen Weltlagers. Die ihm angehörenden Staaten sind verbunden durch den wahrhaft humanistischen, weltumspannenden Gedanken des proletarischen Internationalismus, der seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes die Proletarier aller Länder verbindet. Der Bund der sozialistischen Staaten umfaßt heute schon 26 Prozent des Territoriums unseres Planeten mit etwa 35 Prozent der gesamten Erdbevölkerung und hat einen Anteil von etwa einem Drittel an der industriellen Weltproduktion.¹

Das sozialistische Weltlager strahlt wie ein mächtiges Kraftfeld Energien aus auf alle vom Imperialismus unterdrückten Klassen und Völker, auf alle von ihm in ihrer nationalen Existenz bedrohten Staaten und auf alle Friedenskräfte der Welt.

•

Stellen wir dieser in der Menschheitsgeschichte ohne Beispiel dastehenden Entwicklung den tragischen Ablauf der deutschen Geschichte im gleichen Zeitraum gegenüber. Angefangen von der im Blut vieler tausender Arbeiter erstickten Revolution geht der Irrweg der Nation über die „wahre Demokratie“ der Weimarer Republik zur Hitlerbarbarei. Die Zerschmetterung der Hitlerdiktatur war nur für einen Teil unserer Nation ein Bruch mit der barbarischen Vergangenheit, während von Westdeutschland durch den wiedererstarkten deutschen Imperialismus und Militarismus die friedliebende Menschheit und die Existenz des deutschen Volkes erneut bedroht werden. Diese Entwicklung zwingt das Denken jedes fortschrittlichen Menschen immer wieder zurück auf den Ausgangspunkt des „Teufelskreises“, und die Frage drängt sich einem auf: an was lag es, daß die proletarische Revolution in Deutschland nicht die gleiche triumphale Entwicklung genommen hat wie in Rußland und daß drei Jahrzehnte später *nur* im Osten unseres Vaterlandes die Errichtung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden möglich war?

Die Gründe einer so unterschiedlichen Entwicklung zweier Länder zu untersuchen und aufzuhellen ist eine erstrangige Aufgabe der marxistischen Geschichtsforschung. Die Untersuchung der hier aufgeworfenen Frage ist sowohl für die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik als auch für die Arbeiter und alle fortschrittlichen Kräfte der Deutschen Bundesrepublik von hohem Nutzen. Der 15. September 1957 mahnt sehr ernst, stets — mehr als bisher — an das *ganze* Deutschland zu denken. Die Beantwortung der von uns gestellten Frage im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus ist geeignet, das Staatsbewußtsein der Werktätigen in unserem Arbeiter- und Bauernstaat zu stärken; diese Beantwortung wird aber auch bei den Werktätigen der Deutschen Bundesrepublik revolutionäre Traditionen wieder-

¹ Thesen der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. „Neues Deutschland“, Nr. 224, vom 22. September 1957 — Beilage.

erwecken, ihnen einige Lehren aus der Vergangenheit ins Gedächtnis rufen, sie vor der Wiederholung alter Fehler, die der deutschen Arbeiterklasse zum Verhängnis wurden, bewahren, den Willen zur Macht beleben und stärken.

Ein für die Weltgeschichte so bedeutender Gedenktag wie der 40. Jahrestag des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fordert zum Nachdenken heraus über Fragen wie: Waren in Deutschland 1918 die objektiven Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution ungünstiger als in Rußland 1917? Fehlte es in Deutschland an opferbereiten Menschen für die Revolution? Hat die deutsche Arbeiterklasse in der Vorbereitung der Revolution und in den Revolutionskämpfen zu wenig Opfer gebracht? Was hätten die Arbeiterparteien aus den Erfahrungen der russischen Revolution gelernt, und was haben sie aus den gewonnenen Erkenntnissen den deutschen Arbeitern vermittelt? Wie standen die Arbeiterparteien zur Machtfrage? Wer sollte die Macht im Staate ausüben und wem sollte sie dienen? Auf welche Organe sollte er sich stützen? Was war die Hauptvoraussetzung für die Vorherrschaft der Arbeiterklasse im Staat? Mit wem durfte sie sich unter keinen Umständen und mit wem mußte sie sich unbedingt verbünden? Was hatte auf außenpolitischem Gebiet die Orientierung auf den westlichen Imperialismus, vor allem auf die USA zur Folge? Was hätte das Bündnis der deutschen und russischen Revolution der deutschen Nation und der Menschheit genützt?

•

Die Revolutionen in Rußland und Deutschland waren Erscheinungsformen einunddesselben weltgeschichtlichen Prozesses. Aber die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution waren in beiden Ländern sehr unterschiedlich. Und diese für die Entwicklung im deutschen Sektor der proletarischen Revolution entscheidenden Faktoren sind im einzelnen noch zu wenig untersucht. Das trifft besonders zu für die Periode des Heranreifens der Revolution in Deutschland. Da wir in Westdeutschland erneut am Ausgangspunkt des „Teufelskreises“ stehen, hat die Untersuchung der Geschehnisse in Deutschland am Vorabend der Revolution von 1918 eine hohe aktuelle politische Bedeutung. Das war bestimmend für uns bei der Inangriffnahme von Untersuchungen, von denen wir Ergebnisse in diesem Band vorlegen.

Der einheitliche Charakter des weltgeschichtlichen Prozesses der proletarischen Revolution drückt sich trotz aller Verschiedenheiten in Rußland und Deutschland in dem wechselseitigen Aufeinanderwirken aus, wobei natürlich die stärkste Wirkung von Rußland ausging — und bis auf den heutigen Tag ausgeht — als dem Land, in dem sich die Revolution zuerst und am konsequentesten durchsetzte. Bereits die Periode des Heranreifens der proletarischen Revolution in Rußland, die bürgerlich-demokratische Februarrevolution, hatte eine bedeutende Wirkung auf den Revolutionierungsprozeß der deutschen Arbeiter, aber auch auf die Politik der herrschenden Klasse in Deutschland ausgeübt.

Die nachhaltige Wirkung der Oktoberrevolution auf Deutschland wird begreiflicher, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Revolutionierung der deutschen Arbeiter

bereits am Beginn des Jahres 1917 einen hohen Grad erreicht hatte und daß sie dann durch die russische Februarrevolution einen starken Auftrieb erhielt. Die Vorbereibungen zu großen Streiks in Berlin und anderen Orten Deutschlands waren weit gediehen, als im März 1917 der Ausbruch der Revolution in Rußland und der Sturz des Zarismus bekannt wurden.

Dieses Ereignis wirkte auf die Arbeiter und Soldaten in Deutschland sehr stark. Daran knüpfte sich ihre Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende. Aufmunternd wirkte auf sie das Beispiel, wie man den Kampf gegen den Krieg führen muß; ohne revolutionäre Aktionen war er nicht zu beenden. Diese Aktionen waren aber auch ohne neuartige Kampforgane der Arbeiterklasse nach Art der russischen Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte nicht zu führen. In ihren Ansätzen waren diese neuartigen Kampforgane als revolutionäre Obleute, Aktionsausschüsse usw. bereits in Funktion. Während des gewaltigen Streiks im April 1917 traten in Berlin und Leipzig Arbeiterräte, schon mit dieser Bezeichnung, in Erscheinung. Während des Matrosenaufstandes im Sommer 1917 bildeten die revolutionären Matrosen der deutschen Kriegsflotte ihre Kampforgane bewußt nach dem Vorbild der russischen Soldatenräte.

Wenn wir die Wirkung der Februarrevolution auf Deutschland betonen, muß gleichzeitig auch darauf verwiesen werden, daß Lenin wiederholt die große Bedeutung der beiden wichtigsten Äußerungen fortschreitender Revolutionierung der Arbeiter und Soldaten in Deutschland — den Aprilstreik 1917 und die Streikbewegung überhaupt, vor allem aber den Aufstand in der kaiserlichen Marine 1917 — für die Entwicklung der russischen Revolution hervorgehoben hat. Das damit betonte wechselseitige Aufeinandereinfließen des revolutionären Geschehens in Rußland und Deutschland, das schon vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Erscheinung trat, unterstreicht den internationalen Charakter der proletarischen Revolution.

Die russische Februarrevolution und die durch sie beschleunigte revolutionäre Gärung in Deutschland wirkten sich natürlich auch in der Politik der herrschenden Klasse Deutschlands aus. An erster Stelle steht hier das Bestreben, beschleunigt eine militärische Kriegsentscheidung zugunsten des deutschen Imperialismus herbeizuführen. Die Militärpartei setzte zu diesem Zweck den verschärften U-Bootkrieg durch und lieferte damit den USA den Anlaß zum Eintritt in den Krieg an der Seite der Entente. Etwa zur gleichen Zeit versuchte die deutsche Regierung durch Vermittlung deutscher Sozialdemokraten die russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre für einen Separatfrieden mit Deutschland zu gewinnen. Innenpolitisch trat die Militärpartei mit aller Schärfe gegen Streiks auf. Zur Abwiegung der revolutionären Gärung versprach die Regierung eine Wahlreform in Preußen und die Demokratisierung des politischen Regimes in ganz Deutschland. Unter dem Druck des Friedenswillens der Werktätigen setzten die Mehrheitsparteien am 12. Juli im Reichstag die Annahme einer Friedensresolution durch, die sich für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen aussprach. Für die Labilität der politischen Herrschaftsverhältnisse in Deutschland im Sommer 1917 zeugt auch die Tatsache, daß die Militärpartei den Sturz des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg nach Annahme der Friedensresolution

im Reichstag durchsetzte und daß nach der Behandlung des Matrosenaufstandes im Reichstag Reichskanzler Michaelis zurücktrat.

*

Die Periode von der Geburt des ersten sozialistischen Staates im Feuer der Oktoberrevolution bis zur Vollendung des ersten Jahres seiner siegreichen Behauptung ist zugleich die Periode des Heranreifens der Novemberrevolution. Die bedeutendsten revolutionären Ereignisse in Deutschland in diesem Jahr waren der Januarstreik 1918 und dann Anfang November der Matrosenaufstand in Kiel, der zum Auftakt der Novemberrevolution wurde. Beide Ereignisse sind in diesem Sammelband in gesonderten Abhandlungen dargestellt, wobei sich die über den Januarstreik in der Hauptsache mit den Vorgängen in Berlin befaßt. Hingegen ist der grundsätzlichen Einschätzung hier in der Einleitung nichts Wesentliches hinzusetzen. Wir werden uns deshalb der Behandlung einiger Probleme zuwenden, sofern sie nicht wie die Entwicklung der Räte bis zur Novemberrevolution bzw. die Haltung der Arbeiterparteien in gesonderten Abhandlungen untersucht sind.

Die Oktoberrevolution wirkte durch ihr Dekret über den Frieden am unmittelbarsten und stärksten auf die kriegsmüden und friedenshungrigen Völker aller am Weltkrieg beteiligten Staaten. Das vertiefte in diesen Staaten den Gegensatz zwischen den Kräften des Friedens und denen des Krieges. Es berührte aber auch das Verhältnis der beiden imperialistischen Mächteblocks zueinander und das der Staaten innerhalb eines jeden Mächteblocks. Am nachhaltigsten wurden durch die Friedensoffensive des ersten sozialistischen Staates der vom deutschen Imperialismus geführte Block der Mittelmächte und Deutschland selbst betroffen. Die Einwirkung der bolschewistischen Friedensoffensive auf die Veränderung in der gesamten Mächtekonstellation und die Bedeutung dieser Veränderungen für die schließliche Kriegsentscheidung, für das beschleunigte Kriegsende, ist heute noch ein interessantes und wichtiges Forschungsthema.

Im Zusammenhang mit diesem Problem bedarf auch die unmittelbare Einwirkung der Oktoberrevolution auf die deutschen Truppen an der Ostfront und auf die Werktätigen in Deutschland noch gründlicher Erforschung. Die Friedenspolitik des jungen Sowjetstaates, die Verbrüderung deutscher und russischer Truppen an der Front z. B. haben einen so zersetzenden Einfluß auf die Kampfmoral der deutschen Truppen im Osten ausgeübt, daß sie für Ludendorffs verzweifelte Offensivunternehmen im Westen nicht mehr tauglich waren. Die „Russifizierung“ der deutschen Truppen nannte man diesen Revolutionierungsprozeß. Auch Lenin bedient sich wiederholt dieses Ausdrucks. Die revolutionierende Wirkung der Oktoberrevolution auf die deutschen Truppen wurde ein die deutsche militärische Niederlage wesentlich mitbestimmender, also kriegsentscheidender Faktor. Die bürgerliche Geschichtsschreibung, von einigen reaktionären Kriegsgeschichtlern abgesehen, bagatellisiert diese Erscheinung, wenn sie überhaupt auf sie eingeht. Die deutschen marxistischen Historiker haben dieser Frage bisher auch noch eine zu geringe Bedeutung beigemessen, obwohl die aus dieser Erscheinung zu ziehenden Lehren im weiteren Verlauf des Klassenkampfes und des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg noch sehr reale Bedeutung haben können.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat in hohem Grad auch revolutionierend auf die Arbeiterklasse und andere werktätigen Schichten gewirkt. Das gewaltigste Echo auf den bolschewistischen Friedensappell war der Januarstreik 1918. Es war die bis dahin mächtigste revolutionäre Aktion der deutschen Arbeiterklasse überhaupt. Über den Umfang dieser gewaltigen Bewegung in ganz Deutschland existiert noch kein vollständiges Bild. Selbstverständlich widersprechen sich die Zahlenangaben schon aus dem Grund, weil die herrschende Klasse und ihre Presse das Ausmaß des Streiks nicht zugeben wollten. So wird in einem telegraphischen Bericht des Reichskanzlers v. Hertling an den Kaiser vom 4. Februar 1918² die Höchstzahl der Streikenden in Berlin mit rund 200 000 angegeben, und über die Zahl der Streikenden in anderen Städten macht Hertling überhaupt keine Angaben; auch die Zahl der Städte, die angeführt werden, ist unvollständig. Immerhin werden aufgeführt: Magdeburg, Halle, Köln, Breslau, Danzig, Bielefeld, Altona, Hamburg, Bremen, Lübeck, München, Nürnberg, Fürth, Pirna, Döhlen, Jena, Gotha, Mannheim, Ludwigshafen und Schwerin. Aus Übersichten in der Tagespresse, die z. T. nicht einmal so vollständig sind wie v. Hertlings Bericht, ist ersichtlich, daß außer in den genannten Städten noch in Dortmund, Luckenwalde, Schweinfurt, Barmen, Essen, Kassel, Dresden, Mügeln-Heidenau, Plauenscher Grund, Brandenburg gestreikt wurde.³

Man fragt sich heute noch, was hätte mit dieser gewaltigen Energie, die sich in der Streikbewegung kundtat, bewirkt werden können beim Vorhandensein einer in den Massen verwurzelten revolutionären marxistischen Partei. Und was wurde an der deutschen Arbeiterbewegung gesündigt durch solche Führer wie Ebert und Genossen, die sich in Berlin in die Streikleitung eingeschlichen hatten mit der Absicht, den Streik abzuwürgen und die ihre Absicht auch durchgeführt haben. Lenin nannte den Januarstreik die erste grandiose Aktion der deutschen Arbeiter während des Krieges und betonte, „zu Unrecht erhebt man gegen die deutschen Arbeiter die Beschuldigung, daß sie keine Revolution machen“⁴.

Nach dem Januarstreik kam es zu einem vorübergehenden Rückgang der revolutionären Friedensbewegung der Arbeiter. Im Juli allerdings flammen neue Streikbewegungen in Oberschlesien und im Ruhrgebiet auf. Natürlich wirkten sich diese Ereignisse im Lande auch auf die Soldaten an der Front aus, ebenso wie die Kriegsmüdigkeit der Soldaten auf die Stimmung im Lande gewirkt hat.

*

Im allgemeinen ist von marxistischer Seite die Auswirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Arbeiterklasse schon weitgehend erforscht, insbesondere was den langsamen qualvollen Prozeß der Herausbildung einer in den

² Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 89 H, Geheimes Staatskabinett, XXI, Gen. 17, Bl. 60—65.

³ „Die Neue Zeit“, 36. Jahrgang, 1. Bd., S. 459—462; Flugblatt von Anfang Februar 1918, Museum für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung.

⁴ W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 441.

Massen fest verwurzelten revolutionären marxistischen Partei nach dem Muster der bolschewistischen angeht. Weniger ist die Auswirkung der Oktoberrevolution auf die herrschende Klasse und auf die in ihrem Lager unter dem Einfluß des Heranreifens der Revolution vor sich gehende Kräfteverschiebung und Wandlung der Politik untersucht. In diese Richtung sollte die Forschung stärker gelenkt werden, weil sich gerade aus diesen Kräfteverschiebungen und Wandlungen der Strategie und Taktik der herrschenden Klasse wichtige Lehren für den Klassenkampf in der Deutschen Bundesrepublik ziehen lassen.

Lenin hat des öfteren darauf hingewiesen, wie schwer es die deutsche Arbeiterklasse haben wird, die Revolution durchzuführen, weil in Deutschland eine alte herrschgewohnte Bourgeoisie vorhanden sei. Diesen Hinweisen Lenins haben wir bisher in unseren Untersuchungen nicht die gebührende Aufmerksamkeit zugewandt. Die deutsche Bourgeoisie hat sich in der Periode des Heranreifens der Novemberrevolution nicht nur der brutalen Gewalt der Militärmaschinerie, der Polizei und der Klassenjustiz bedient, um die Revolution zu verhindern. Sie hat sich, wie z. B. im Januarstreik, der rechten sozialdemokratischen Führer bedient, um die Revolution abzuwiegeln, ohne im letzten Ende ihren Ausbruch verhindern zu können. Wichtig ist heute noch, besser als bisher die Methoden zu studieren, deren sich Teile der herrschenden Klasse bei der Abwiegung der Revolution bedienen. Ich habe hier z. B. einen nachgewiesenen und aktenmäßig belegten Fall im Auge, daß einflußreiche Stellen des kaiserlichen Staatsapparates sich sehr damit befaßten, die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse zu steuern. Interessanterweise wurde ein solcher Schritt unmittelbar vor Ausbruch der großen Streikbewegung im Januar 1918 unternommen. Das Verhalten der rechten sozialdemokratischen Führer im Streik und später erscheint nach Kenntnis des hier in Frage stehenden Dokumentes erst im rechten Lichte. Bei diesem Dokument handelt es sich um einen Brief des Unterstaatssekretärs v. Radowitz, den er am 17. Januar 1918 an den Grafen Stirum im Großen Hauptquartier richtete.⁵ Der Brief bezweckte, dem Großen Hauptquartier begreiflich zu machen, daß es darauf ankomme, die Sozialdemokratie weiterhin als Zugkraft am Karren der imperialistischen Kriegspolitik benutzen zu können. Es wurde geltend gemacht, daß die Sozialdemokratie ihren Einfluß auf die Arbeiter verlieren könnte, wenn sie gezwungen würde, von der Friedensresolution des Reichstages vom 17. Juli 1917 abzurücken. Als ein zumindest ebenso großes Unglück wurde in der Umgebung des Reichskanzlers das eventuelle Zusammenwirken der SPD und USPD gefürchtet. In dem Brief heißt es, es sei das Bestreben des Reichskanzlers, den Reichstag dazu zu bringen, daß er einsieht, die Voraussetzungen für die Friedensresolution seien nicht mehr gegeben. „Gelingt das, so wird es auch für die Sozialdemokraten möglich sich in weiterer Fühlung und Mitarbeit mit der Regierung zu halten. Diese Mitarbeit brauchen wir aber solange der Krieg dauert denn eine Sozialdemokratie die von

⁵ Auf das Dokument bin ich in meinem 1952 erschienenen Buche „Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik“ zuerst eingegangen, und das vollständige Dokument habe ich in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, 1957, Heft 5, S. 1087 ff. veröffentlicht.

der Regierung brüskiert sich von der Mitarbeit zurückzieht verliert in dem Moment auch die Lust und Möglichkeit für die Intentionen der Regierung bei ihren Wählern und ganz besonders bei den Gewerkschaften einzutreten. Diese gleiten dann ganz in die Hände der unabhängigen und die Gefahr, daß dann wirklich Streiks etc. vorkommen wird imminent. Die OHL. hat zwar des Öfteren erklärt sie sehe eine solche Gefahr nicht voraus, ich glaube sie täuscht sich darin. Die Gefahr ist tatsächlich nicht vorhanden solange die Sozialdemokraten im Gegensatz zu den Unabhängigen stehen. Sie tritt aber sofort ein wenn die Sozialdemokraten mit den Unabhängigen gemeinsame Sache machen und unter dem Motto der Kriegsverlängerung und der Parole Wahlrecht, Hunger und Frost auf die Massen einwirken. Wir müssen sie also bei der Stange halten und dürfen nicht vergessen daß das russische Beispiel trotz allem auch bei uns wirkt und böse Folgen zeitigen kann wenn die bösen Elemente nicht durch ihre eigenen Führer im Zaum gehalten werden. Die Berichte des Polizeipräsidenten von Berlin in dieser Richtung sind bezeichnend.“

•

Mit diesen wenigen Bemerkungen sollte auf einige Probleme hingewiesen werden, die noch ernster Durchforschung bedürfen.

Möge dieser Sammelband beitragen zur Klärung noch strittiger Fragen auf dem Gebiet der neuesten deutschen Geschichte, zur Vervollständigung unseres Geschichtsbildes und zur Befruchtung unseres Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus durch die Lehren, die wir aus einer so entscheidenden Wende unserer Geschichte, wie sie die Jahre 1917/1918 bedeuten, zu ziehen haben.

Albert Schreiner

HEINRICH SCHEEL

DER APRILSTREIK 1917 IN BERLIN

KAPITEL I

DAS ANWACHSEN DER FRIEDENSBEWEGUNG UND IHRE BEFRUCHTUNG DURCH DIE RUSSISCHE FEBRUARREVOLUTION¹

Mehr als zwei Jahre imperialistischer Krieg mit seinen unermeßlichen Blutopfern an der Front, mit den immer unerträglicher werdenden Entbehrungen in der Heimat weckten und verstärkten in breiten Massen des deutschen Volkes eine tiefe Friedenssehnsucht. Von ihr wurden außer den Arbeitern auch weite Kreise des Kleinbürgertums, der Angestellten und unteren Beamten erfaßt. Der Hungerwinter 1916/17 verstärkte die Kriegsmüdigkeit im Volk. In den Städten häuften sich Lebensmittelunruhen, Plünderungen von Bäckerläden, Verletzungen behördlicher Anordnungen. Die klassenbewußte Vorhut der Arbeiterklasse, die Linke, die alle Kräfte für den revolutionären Kampf zum Sturz der eigenen Regierung sammelte, erhielt durch den sich immer ungestümer äußernden Friedenswillen breiter Volksschichten großen Auftrieb. Die herrschende Klasse fürchtete den Ausbruch der Revolution.

Die Entwicklung in Berlin unterschied sich im Wesen nicht von der im übrigen Deutschland. Die zunehmende Friedenssehnsucht und die sich verstärkende revolutionäre Bewegung waren in ganz Deutschland vorhanden. Berlin darf jedoch ein besonderes Interesse beanspruchen: Es war nicht nur eines der bedeutendsten Industriezentren, sondern es war die Hauptstadt des imperialistischen Deutschlands, und jeder Fortschritt des Kampfes um den Frieden in Berlin, jeder Erfolg der revolutionären Kräfte in Berlin strahlte in besonders starkem Maße auf ganz Deutschland aus.

Die Berliner Arbeiterschaft, vor allem in der Rüstungsindustrie, blieb Anfang 1917 schon nicht mehr bei allgemeinen Äußerungen der Unzufriedenheit stehen. Sie setzte

¹ Diese Revolution wird durch den Monatsnamen Februar gekennzeichnet, obwohl sie nach dem heute gültigen Gregorianischen Kalender am 11./12. März 1917 stattfand. Das zaristische Rußland hatte die 1582 erfolgte Kalenderreform des Papstes Gregor XIII. nicht anerkannt und hielt weiter am alten Julianischen Kalender fest; nach ihm fiel die Revolution auf den 26./27. Februar 1917.

sich zur Wehr und zielte in ihren Aktionen bereits eindeutig gegen die Regierung. Ein Bericht vom 21. Februar 1917, den der Berliner Polizeipräsident von seiner Abteilung IX, der Gewerbeinspektion, angefordert hatte, gab folgende Einschätzung: „Es ist auch bei Abteilung IX bekannt geworden, daß in der Arbeiterschaft vielfach eine gereizte Stimmung herrscht und fortwährend Versuche zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen und Löhne unternommen werden. Namentlich klagen viele Unternehmer über die sehr stark gestiegenen Ansprüche der Jugendlichen, die in Ermangelung erwachsener Arbeiter eingestellt werden müssen, aber noch keine volle Arbeitskraft ersetzen können. Weniger wenden sich die Arbeitgeber gegen die Forderungen höherer Löhne der gelernten Arbeiter, weil sie letzterer dringend bedürfen und meist auch in der Lage sind, ihre Dienste gut zu entlohnen. ... In allen Betrieben aber klagen die Arbeiter über mangelhafte und unzureichende Ernährung und drohen den Arbeitgebern mit der Niederlegung der Arbeit, falls sie nicht besser mit Lebensmitteln versorgt würden. ... Diese allgemein unzufriedene Stimmung hat in mehreren Fabriken, z. B. Schwartzkopff, Torpedofabrik Scheringstraße, L. Löwe & Co., Huttenstraße, Turbinenfabrik der A.E.G., Huttenstraße, und Stock & Co., Köpenickerstraße, zu Beginn dieses Monats zu allgemeiner Arbeitsniederlegung geführt, die jedoch nicht lange gedauert hat. Hierbei haben die Arbeiter den Betriebsleitungen ausdrücklich erklärt, daß sich ihre Arbeitsverweigerung nicht gegen die Betriebsleitung, sondern gegen die Regierung deshalb richte, weil diese nicht für genügende Nahrungsmittelbeschaffung für die schwerarbeitende Bevölkerung der Großstädte Sorge.“ Der Bericht mußte zugeben, daß bei der schlechten Ernährung die Arbeiter an Entkräftung litten und daß darum auch vielfach die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wurde. Die manchmal relativ hohen Löhne konnten die Notlage nicht ausgleichen, da zusätzliche Lebensmittel im normalen Verkehr überhaupt nicht zu haben waren.²

Polizeipräsident v. Oppen, der die Abschrift dieses Berichts am 23. Februar dem Oberkommando in den Marken und dem Kriegsamt zugehen ließ, war mit der Darstellung des Beamten seiner Gewerbeinspektion keineswegs völlig einverstanden. In seinem Begleitschreiben vermerkte er ausdrücklich: „Wenn dieser die in der Tat vorhandene Unzufriedenheit auf die jetzigen Lebensbedingungen zurückführt, so sind nach neueren Feststellungen doch damit die Arbeitseinstellungen noch nicht restlos geklärt. Es scheinen auch politische Gründe bei diesen Bewegungen eine nicht unerhebliche Rolle zu spielen.“³ Demselben Schreiben war darum außerdem ein Bericht seines Außendienstes vom 19. Februar über die „Minierarbeit in den Groß-Berliner Munitionsfabriken“ abschriftlich beigelegt:

„Im Verlaufe des Krieges hat sich die Stimmung unter den gewerkschaftlich organisierten Metallarbeitern der Groß-Berliner Munitionsfabriken infolge eifriger Minierarbeit gewissenloser Elemente zu einem gefährlichen Höhepunkt zugespitzt. Angesichts der in letzter Zeit stattgefundenen vielfachen Arbeitseinstellungen und angesichts dessen, daß in fast allen Großbetrieben mit vorwiegend radikaler Arbeiterschaft dar-

² Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 197 A, Volksernährung, Teil 1 o, Nr. 2, Bl. 203/4.

³ Ebenda, Bl. 200.

auf hingearbeitet wird, die Arbeitszeit nach und nach immer mehr zu verkürzen, waltet die Gefahr ob, daß in Zukunft die hiesigen Munitionsfabriken einer genügenden und rechtzeitigen Lieferung des erforderlichen Kriegsmaterials nicht nachkommen können.

Durch vertraulichen Verkehr mit verschiedenen gewerkschaftlich organisierten Munitionsarbeitern sowie durch den offiziellen Verkehr mit mehreren Betriebsleitern hiesiger Großbetriebe hat Unterzeichneter folgendes ermittelt:

Es sind zur Zeit fast alle Verbandsfunktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Obmänner und Vertrauensmänner), die in den Fabriken als tonangebend für die gesamte Arbeiterschaft gelten, in politischer Hinsicht Anhänger der Opposition und zum großen Teil Anhänger der sogenannten Spartacusgruppe, deren Devise es ist, den Krieg durch Arbeitsverweigerung zu beenden. Im Laufe des letzten Kriegsjahres haben auf Betreiben dieser Funktionäre eine große Anzahl Betriebsversammlungen in Groß-Berlin stattgefunden, in denen Forderungen auf Forderungen unverschämtester Art aufgestellt und teilweise durch Arbeitseinstellungen erreicht worden sind. So sind die Löhne bereits bis ins Unendliche (infolge — H. S.) dieser Handlungsweise gesteigert worden. Die qualifizierten Arbeiter wie Schlosser, Dreher, Former, Maschinenarbeiter pp. erreichen bereits einen Tagesverdienst von 15 bis 22 Mark bei durchschnittlich 9stündiger Arbeitszeit. Die Forderungen werden aber weiter fortgesetzt.“

Als ein Beispiel führt der Bericht die seit dem 10. Februar streikenden 700 Schlosser und Dreher der Firma Schwartzkopff an, die 30 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde verlangten und durch ihren Streik die Torpedoherstellung vollständig lahmgelegt hatten. Am 3. Februar hatten 2900 Arbeiter desselben Betriebes einen eintägigen Demonstrationsstreik gegen die für die Lebensmittelnot verantwortlichen staatlichen Instanzen durchgeführt. Der Bericht bestreitet die Berechtigung aller dieser Forderungen und fährt fort:

„Alle diejenigen Arbeiter, welche sich standhaft in politischer Hinsicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Parteimehrheit halten und sich diesem Treiben nicht anschließen, werden rücksichtslos in den Fabriken terrorisiert, und sind sogar schon einzelne Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die sich nicht gehorsam an allen diesen unbegründeten Arbeitsverweigerungen beteiligten, angeblich wegen unkollegialem Verhalten aus dem Verband ausgeschlossen worden . . .

Angesichts dieser Macht, welche die ‚Radikalen Verbandsfunktionäre‘ ausüben, sind auch die Leiter *Cohen* und *Siering* der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes ohnmächtig und gezwungen, sich dieser Macht zu beugen, da ihre Stellungen von (gemeint ist: bei — H. S.) der Wiederwahl, welche durch die Funktionäre vollzogen wird, auf dem Spiele stehen. So betätigt sich auch schon der 2. Bevollmächtigte *Siering* ganz im Sinne dieser radikalen Funktionäre, indem er in den verschiedenen Betriebsversammlungen für Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne mit agitieren hilft und somit für sich die Sympathie der radikalen Elemente gewinnt.“

Der Bericht schließt mit dem Rat, dieser für die herrschende Klasse gefährlichen Entwicklung dadurch zu begegnen, daß man die radikalen Wortführer der Arbeiter,

die mit Hilfe von Polizeispitzeln und durch die Betriebsleitungen festgestellt werden können, zum Heer einberufe.⁴

Die Berliner Rüstungsarbeiter standen im Kampf gegen den imperialistischen Krieg in vorderster Reihe. Sie standen auf festem Grund. Der Friedenswille immer größerer Kreise der Berliner Bevölkerung war ihr Rückhalt. Als Illustration der allgemein verbreiteten tiefen Friedenssehnsucht kann ein Stimmungsbericht dienen, wie er monatlich von der Abteilung VII des Berliner Polizeipräsidiiums, dem Außendienst, abgefaßt wurde. Der Bericht ist vom 15. März datiert, also drei Tage nach der siegreichen Februarrevolution geschrieben. Der Verfasser schien allerdings noch keine Kenntnis davon zu haben und konnte ihre Wirkung auf die allgemeine Stimmung nicht berücksichtigen. Gerade darum aber ist der Bericht von besonderem Wert: Er zeugt für den hohen Grad, den die Entwicklung der Friedensbewegung in Deutschland bereits erreicht hatte, als die Kunde von dem beispielhaften Geschehen in Rußland zu wirken begann. Er lautet: „Seit der letzten Berichterstattung ist eine Änderung in der Stimmung innerhalb der Bevölkerung nicht eingetreten. Dieselbe ist nach wie vor eine sehr gedrückte. Besonders dazu beigetragen haben die neuen Ereignisse, Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Amerika und die gegenwärtigen Schwierigkeiten mit China. In der Bevölkerung ist die Meinung vertreten, daß durch das Hinzukommen immer neuer Feinde Deutschland zum Schluß niedergerungen wird. Auch ist allseitig die Ansicht vertreten, daß dadurch der Krieg mindestens aber noch in die Länge gezogen wird. Es ist in letzter Zeit häufig die Wahrnehmung gemacht worden, daß sich ein erheblicher Teil des Volkes wenig oder gar nicht mehr um die Kriegsergebnisse kümmert, die Presse nach dieser Hinsicht unbeachtet läßt und Artikel, die über Hungerrevolten im Auslande schreiben, nicht mehr geglaubt werden, zum mindesten aber häufig die Bemerkung hinzugemacht wird, man solle zuerst über die Hungerrevolte im eigenen Lande Näheres schreiben. Es ist im Kreise der Bevölkerung bekannt geworden, daß in den westlichen Industriegegenden wie Essen, Barmen, Elberfeld usw. Krawalle und Streiks vorgekommen sind, so daß militärische Gewalt angewendet werden mußte. Die immer schwieriger werdende Lebensmittelbeschaffung tritt immer mehr zutage; in der Zentralmarkthalle ist täglich zu beobachten, wie die Frauen sich schon morgens zu Hunderten in die Halle stürzen und sich dort vor einzelnen Ständen, wo Lebensmittel wie Fische, Heringe, Gemüse usw. (verkauft werden — H. S.), wie wild gebärden, so daß die vorhandene Aufsicht vollauf zu tun hat, um die unruhigen Frauen, von denen der größte Teil, ohne etwas kaufen zu können, abgewiesen wird, in Schach zu halten. Von den in den Zeitungen geschilderten großen Fischfängen ist hier nichts zu merken, dagegen aber sind die teuren Fischarten täglich zu haben. Sehr große Unruhe brachten die Maßnahmen der Behörden in bezug auf die Kontrolle von Leuten, die ihre Verwandten außerhalb besuchten, um von denselben Lebensmittel in geringem Maße für sich zu erhalten. Es wird dagegen viel Kritik geübt an der mangelhaften Überwachung des Schleichhandels, da Leute, die Geld genug haben, hintenrum immer noch Lebensmittel in größeren Mengen kaufen können und bisher

⁴ Ebenda, Bl. 201/2; Hervorhebungen in Zitaten stimmen stets mit der Quelle überein. — H. S.

dadurch noch keine Not kennengelernt haben. . . . Die in letzter Zeit verbreiteten Gerüchte über Pockenfälle und die aus diesem Grund seitens der Behörden angeordneten Schutzimpfungen haben auch auf die Bevölkerung nicht minder beunruhigend gewirkt. Es ist auch bekannt, daß einzelne Häuser wegen der Pockenfälle amtlich geschlossen sind. Die beruhigenden Zeitungsartikel haben wenig zur Beruhigung beigetragen. Durch den Eintritt der gelinden Witterung ist die Kohlenfrage mehr in den Hintergrund getreten. Dagegen macht sich der Kartoffelmangel ganz bedeutend bemerkbar. Es ist die höchste Zeit, daß die Kartoffelzufuhr schleunigst erhöht wird, da auch die an deren Stelle ausgegebenen Kohlrüben zur Hälfte erfroren sind und nicht zur menschlichen Nahrung dienen können.“⁵

Die angeführten Dokumente belegen anschaulich und überzeugend, daß der Friedenswille breiter Volksschichten der revolutionären Bewegung in der Arbeiterklasse einen starken Auftrieb gab, daß der Einfluß der sozialdemokratischen Linken ständig wuchs und sogar schon in den von Sozialchauvinisten geführten Gewerkschaften festen Fuß gefaßt hatte. In dieser Situation vernahm Deutschland das Donnern der siegreichen russischen Februarrevolution. Die Wirkung dieses Ereignisses war außerordentlich stark und vielseitig. Die einen begrüßten es in freudiger Erwartung eines reinigenden Gewitters, das Deutschland nicht unberührt lassen konnte; die anderen zitterten vor dem Blitz, der sie wie die ganze zaristische Herrlichkeit vernichtend zu treffen drohte. Während die Friedensbewegung einen gewaltigen Aufschwung erlebte, der Massendruck der oppositionellen Sozialdemokraten die Gründung einer selbständigen Partei, der USPD, erzwang, die Spartakusgruppe eine noch zielklarere Agitation entwickelte und in der Arbeiterklasse die revolutionäre Stimmung sprunghaft anwuchs, arbeitete die herrschende Klasse fieberhaft daran, all die ihr zur Verfügung stehenden Mittel, nicht zuletzt ihre Agenturen in der Arbeiterbewegung, aufzubieten, um dem Einfluß der russischen Revolution auf die Massen entgegenzuwirken.

Die herrschende Klasse versuchte, in den Massen die unsinnige Vorstellung zu erwecken, als ob nicht die russischen Arbeiter, sondern die deutschen Armeen die Februarrevolution gemacht hätten. Das Kriegspresseamt gab am 5. April die entsprechenden Richtlinien Nr. 21 994 II heraus. Sie beruhten „auf einer Vereinbarung der zuständigen Zentralbehörden“ und sollten durch die stellvertretenden Generalkommandos der Presse zugeleitet werden. Darin hieß es: „Die deutschen Siege haben zu dem Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems in Rußland geführt. Welches auch Verlauf und Folgen sein mögen, die russische Revolution ist für uns als eine Wirkung deutscher Stärke ein militärisch erfreuliches Ereignis.“ Die Presse wurde vor „Mißgriffen“ gewarnt, die den Burgfrieden gefährdeten. „Vergleiche zwischen russischen und deutschen Zuständen, Nutzanwendungen aus der russischen Revolution auf die in Deutschland zu treffenden Maßnahmen haben immer einen häßlichen Beigeschmack, selbst wenn er nicht gewollt ist. Sie mögen für den einen oder anderen verlockend sein.

⁵ Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam; Rep. 30, Tit. 95, Sect. 7, Lit. A, Nr. 11a, Bd. 18, Bl. 247.

Die deutsche Presse tut jedenfalls gut, auf sie zu verzichten.“⁶ Das erläuternde Begleitschreiben der Oberzensurstelle des Kriegspresseamts vom gleichen Datum war deutlicher: „Hiernach sind also alle Aufsätze, welche in verhetzender und gehässiger Weise aus den Vorgängen in Rußland (selbst auch nur in versteckter Form) darauf hinweisen, daß auch bei uns die Zustände einem ähnlichen Prozeß entgegenreifen, völlig unzulässig. Eine Beweisführung, die bezweckt nachzuweisen, daß die Nichtbetätigung der Regierung oder das Nichterfüllen gegebener Zusagen dazu führen könne, daß sich das Volk aus eigenem Willen wie in Rußland die erstrebten Freiheiten verschaffen oder erzwingen könne, wird immer scharfe Äußerungen Andersdenkender herbeiführen müssen und schließlich dazu ausarten, anderen Parteien bösen Willen unterzuschieben. Es ist kein Zweifel, daß der Burgfrieden bei einer solchen Betätigung der Presse nicht aufrecht erhalten werden kann und daß die Rückwirkung nicht nur auf die Stimmung im Innern, sondern vor allem auch an der Front eine äußerst unerwünschte und vom militärischen Standpunkte nicht zu dulddende ist.“⁷

Die rechte sozialdemokratische Parteiführung parierte prompt und stellte sich schützend vor die deutsche imperialistische Bourgeoisie. Noske wandte sich im Reichstag dagegen, dem russischen Beispiel zu folgen, mit der chauvinistischen Begründung: Die Revolution „hätte die Niederlage unseres Landes bedeutet, würde unabsehbares Elend über unser Volk und nicht zuletzt auch über die Arbeiterklasse gebracht haben“⁸. Für diese Haltung erhielt er ein Sonderlob vom Reichskanzler, der in einem Telegramm an den Kaiser vom 29. März betonte, daß „auch der sozialdemokratische Redner Noske erfreulicherweise einen energischen Strich zwischen unsern und den russischen Verhältnissen“ gezogen hätte⁹. Das Telegramm Eberts nach Petrograd, worin er im Namen des Parteivorstandes dem russischen Proletariat zu den „Erfolgen auf dem Wege zur politischen Freiheit“ Glück wünschte¹⁰, war durch und durch unehrlich. Wie Scheidemann, von dem die Formulierung stammte, in seinen Memoiren mitteilt, gab Staatssekretär Wahnschaffe von der Reichskanzlei „darüber seiner Freude Ausdruck“, während Ebert anfangs gegen die Absendung des Telegramms sprach.¹¹ Haase traf den Nagel auf den Kopf, wenn er auf dem Gründungsparteitag der USPD die Bemerkung eines ausländischen Korrespondenten wiedergab: „Wir ausländischen Journalisten sind alle der Meinung, daß es in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung abgefaßt und abgesandt worden ist.“¹²

Aber solche Mittelchen zur Irreführung der Massen genügten nicht mehr. Mit Nachdruck, „unausgesetzt“, wie Bethmann Hollweg sagte, drängten jetzt die rechten Partei- und Gewerkschaftsführer auf politische Zugeständnisse der Regierung; und durchaus

⁶ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 77, Tit. 949, Nr. 1 m, Bd. 2, Bl. 739/40.

⁷ Ebenda, Bl. 738.

⁸ Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Stenographische Berichte, Bd. 309, S. 2840.

⁹ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 89 H, I Generalia 6, Bl. 4.

¹⁰ „Vorwärts“, Nr. 90, vom 1. April 1917.

¹¹ Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 1, Dresden 1928, S. 420/421.

¹² Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha, hrsg. von Emil Eichhorn, Berlin 1921, S. 14.

richtig nennt Bethmann dieses Drängen den „Ausfluß der in den wirklichen Zuständen begründeten Besorgnis, sonst die Autorität über die Parteigefolgschaft zu verlieren“¹³. Alle an der Weiterführung des Krieges Interessierten begriffen, daß sofort etwas geschehen mußte, um die Aufmerksamkeit der Massen zu fesseln und sie von ihren wirklichen Interessen abzulenken; das begriffen nicht nur die rechten sozialdemokratischen Führer, sondern auch die Liberalen, die Reichsregierung und am Ende sogar der Kaiser. Mit dem nötigen Aufwand an Feierlichkeit, die das Magere des Inhalts verdecken sollte, veröffentlichten die Zeitungen am 8. April die Osterbotschaft Wilhelms II., die wortreich verkündete: „Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach Meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr.“¹⁴ Ein Gesetzentwurf sollte unmittelbare und geheime Wahlen vorsehen; selbst dem Herrenhaus sollte durch weniger erlauchte Abgeordnete neues Blut zugeführt werden. Diesem Wahlrechtsversprechen konnte auch die reaktionäre Rechte ihren Segen geben. Mit Genugtuung teilte die „Tägliche Rundschau“ ihren konservativen Lesern mit: „Immerhin setzt die Reform nicht mit Radikalismus, sondern mit Besonnenheit ein. Das gleiche Wahlrecht ist nicht zugestanden, und die Durchführung der Wahlrechtsänderung ist auf die Zeit nach dem Kriege verschoben.“¹⁵ Für die Sozialchauvinisten aber war die kaiserliche Osterbotschaft die Hilfe in der höchsten Not. Sie priesen das angeblich Erreichte in allen Tönen als Ausdruck der Neuorientierung, die es durch positive Mitarbeit auszubauen galt. Nur die revolutionäre Linke sagte den Massen die Wahrheit; sie charakterisierte die preußische Wahlrechtsreform in diesem Zeitpunkt als die Parole der Konterrevolution: „Nichts hat plötzlich die erschreckende starre Reaktion, in der Deutschland versinkt, so grell beleuchtet wie gerade diese grotesken ‚Reform‘versuche im Feuerschein des russischen Brandes. Wer denkt da nicht an jene alte Tante, die bei der Nachricht vom bevorstehenden Zusammenprall der Erde mit dem Kometen schleunigst ihre ältesten Mantillen aus der Truhe hervorholte, um die Motten aus ihnen auszuklopfen. Nach Rußland, dem gestrigen ‚Kosakenland‘, pilgert heute alles, wie die heiligen drei Könige aus dem Morgenlande nach Bethlehem an die Wiege des Erlösers, indes Deutschland — das Land der ‚konstitutionellen Freiheiten‘ — seine ostelbischen Komposthaufen aufdeckt, um sie ein wenig umzurühren, und in den infernalischen Düften, die dabei aufsteigen, so recht wie eine Vogelscheuche aus dem Mittelalter wirkt.“¹⁶

Auch die sozialpazifistische Richtung in der Sozialdemokratie half die Massen desorientieren, bewußt und unbewußt. Sie hatte sich nach ihrem Ausschluß aus der sozialchauvinistischen Reichstagsfraktion als Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ konstituiert, ohne damit eine organisatorische Trennung von der Partei zu verbinden. Ihr gehörte ein Mann wie Bernstein an, der schon vor der Jahrhundertwende zu einem bürgerlichen Pazifisten und Reformherabgesunkenen war; zu ihr zählte Kautsky, der einmal ein bedeutender marxistischer Theoretiker gewesen war,

¹³ Th. von Bethmann Hollweg: Betrachtungen zum Weltkrieg, T. 2, Berlin 1922, S. 34.

¹⁴ „Berliner Tageblatt“, Nr. 179, vom 8. April 1917.

¹⁵ „Tägliche Rundschau“, Nr. 179, vom 8. April 1917.

¹⁶ Spartakusbriefe (Neudruck). Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin 1920, S. 104/105.

aber seine große Autorität dazu mißbraucht hatte, den abgrundtiefen Verrat vom August 1914 zu verschleiern; sein Lippenbekenntnis zum Internationalismus sollte nur seine Liebedienerei gegenüber dem Sozialchauvinismus verdecken. Der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gehörten aber auch Männer wie Hugo Haase und Georg Ledebour an; sie zählten zu jenen Elementen des Zentrums, die nach der Definition Lenins „zwischen den Sozialchauvinisten und den Internationalisten der Tat schwanken“¹⁷. Wegen ihre Schwankungen nach links galten sie den Regierungsorganen als unzuverlässig; zuverlässige Stützen der herrschenden Klasse in der Arbeiterbewegung waren nur die Rechten und die Zentristen vom Schlage Kautskys. Wegen ihrer Schwankungen nach rechts aber konnten sie ebensowenig zuverlässige Bundesgenossen der Linken werden. Ihre schwankende Haltung hatte zur Folge, daß die politische Zielsetzung der Gruppe nicht von ihnen, sondern von Leuten wie Kautsky bestimmt wurde, der sehr gut wußte, was er wollte.

Lenin hat knapp und treffend die Rolle des Sozialchauvinismus wie des Sozialpazifismus charakterisiert: „Darin besteht ja die *prinzipielle Einheit* der Sozialchauvinisten (der Plechanow und Scheidemann) und der Sozialpazifisten (der Turati und Kautsky), daß sowohl diese als auch jene *objektiv Bedienstete* des Imperialismus sind: Die einen ‚dienen‘ ihm, indem sie den imperialistischen Krieg dadurch beschönigen, daß sie den Begriff der ‚Vaterlandsverteidigung‘ auf ihn anwenden, die anderen dienen *demselben* Imperialismus, indem sie mit Phrasen von einem demokratischen Frieden den heranreifenden imperialistischen Frieden, der schon vorbereitet wird, beschönigen. Die imperialistische Bourgeoisie braucht Lakaien beider Arten und Schattierungen: die Plechanow, damit sie durch Rufe: ‚Nieder mit den Eroberern‘ zur Fortsetzung des Gemetzels anspornen, die Kautsky, damit sie mit süßlichen Lobgesängen auf den Frieden die allzu erbitterten Massen verträsten und beschwichtigen.“¹⁸ Lenin hatte recht, gegenüber dem verdeckten kautskyanischen Opportunismus den offenen, zynischen der Scheidemänner, Legiens usw. als weniger gefährlich zu bezeichnen.¹⁹

Die Kautskys begriffen, daß die Zeit stärkere Oppositionsgebärden verlangte, die ihnen die Gefolgschaft der rebellierenden Massen sichern sollten. Diesem Bedürfnis diente das Aktionsprogramm vom 22. März. Es bestand aus einer langen Liste radikal klingender Forderungen: Anfechtung von der Machterweiterung des Reichstages über den schleunigen Abschluß eines Friedens ohne Annexionen, unterschiedene Wahlrechtsreformen, Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen bis zur Befreiung der politischen Gefangenen. Zweifellos sprach aus diesen Forderungen die revolutionäre Stimmung der Massen, aber ihr radikaler Inhalt verwandelte sich in ein Nichts, weil das Ganze von vornherein auf eine rein parlamentarische Aktion zugeschnitten war. Das Aktionsprogramm präsentierte sich als ein Antrag, den die

¹⁷ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke, Berlin 1955, Bd. II, S. 34 (Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution).

¹⁸ W. I. Lenin: Über den Kampf um den Frieden, Berlin 1951, S. 119/120 (Eine Wendung in der Weltpolitik).

¹⁹ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke, Berlin 1955, Bd. I, S. 882 (Das Militärprogramm der proletarischen Revolution).

Fraktion im Parlament einzubringen gedachte.²⁰ Das geschah jedoch nicht. Nun wäre selbst eine solche Resolution im Reichstag von Bedeutung gewesen, wenn damit den Massen bewiesen werden sollte, daß auf diesem Wege nichts, aber alles von ihrem revolutionären außerparlamentarischen Kampfe zu erwarten war. Der Abgeordnete Haase beschränkte sich jedoch in seiner Reichtagsrede vom 30. März lediglich auf die Darlegung von Forderungen des Aktionsprogramms. Wenn er sich auch bis zu der Frage steigerte: „Will der Reichskanzler es darauf ankommen lassen, daß die Massen in Deutschland russisch reden?“, so fügte er doch schnell die beruhigende Versicherung hinzu: „Ich denke nicht daran, mit einer *Revolution* zu drohen.“²¹ Ganz deutlich sprach sich der Kommentar im Berliner „Mitteilungsblatt“ der Arbeitsgemeinschaft vom 8. April über den Sinn des Aktionsprogramms aus: „Es ist ein altes, wahres Wort, daß man keine Revolutionen künstlich machen kann. Das gilt für unsere Zeit mehr denn je. Man kann wohl Putsche inszenieren, aber den großartig organisierten Machtmitteln des heutigen Militärstaates gegenüber sind sie zur Aussichtslosigkeit verurteilt, ebenso wie elementar ausbrechende Hungerrevolten bald erstickt werden können. . . . Darum ist es auch falsch, die revolutionären Erscheinungen und revolutionären Mittel des einen Landes schematisch auf ein anderes Land übertragen zu wollen, in dem die wirtschaftlichen Grundlagen, die politischen und sozialen Zustände, die geschichtliche Entwicklung und der Volkscharakter ganz anders geartet sind. . . . Wir haben mit anderen Verhältnissen zu rechnen als drüben in Rußland, der Kampf um unsere innere Freiheit muß daher andere Formen annehmen. Dieser Kampf hat in diesen Tagen unter dem moralischen Eindruck der Vorgänge in Rußland auf parlamentarischem Boden eingesetzt.“²² Das sogenannte Aktionsprogramm hatte also den Zweck, Aktionen der Massen zu verhindern. Auch einige abschließende Phrasen des Kommentars von „engster Fühlung“ mit den Massen und über die Notwendigkeit ihrer „Mitwirkung“ änderten nichts an dem Tatbestand. Mit bitterer Ironie stellte die Spartakusgruppe fest: „In Deutschland sollen also die Massen höchstens nur den Chor bilden, der die Großtaten der Reichstagsabgeordneten mit ‚mitwirkendem‘ Gesang begleitet. . . . Wahrhaftig, die Osterbotschaft der Berliner A.-G. (Arbeitsgemeinschaft — H. S.) paßt zu der kaiserlichen Osterbotschaft über die preußische Wahlreform ganz vortrefflich.“²³

Die unter dem Einfluß der Februarrevolution gewaltig anwachsende revolutionäre Stimmung der Arbeiterklasse, vor allem aber die Tatsache, daß der sozialdemokratische Parteivorstand nach der Reichskonferenz der Opposition im Januar 1917 alle Anhänger der Opposition aus der SPD ausschloß, zwang die Arbeitsgemeinschaft zur Konstituierung einer selbständigen Partei. In den Ostertagen, vom 6. bis 8. April, wurde in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet. Damit vollzog auch die Spartakusgruppe die organisatorische Trennung von der

²⁰ „Berliner Tageblatt“, Nr. 154, vom 25. März 1917.

²¹ Verhandlungen des Reichstags, a. a. O., Bd. 309, S. 2888/89.

²² „Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“, Nr. 2, vom 8. April 1917.

²³ Spartakusbriefe, a. a. O., S. 106/107.

Sozialdemokratie. Allerdings fehlte es dabei noch an der nötigen Konsequenz und Zielklarheit, denn statt sich zu einer wirklich marxistischen Partei zu formieren, schloß sich die Spartakusgruppe, wenn auch unter ausdrücklicher Wahrung ihrer Selbständigkeit, der USPD an. Die Spartakusgruppe war sich über das Wesen der neuen Partei und ihrer Führung durchaus klar. Ihre Sprecher traten in Gotha energisch gegen den parlamentarischen Kretinismus und gegen den dem Sozialchauvinismus an Gefährlichkeit nicht nachstehenden Sozialpazifismus auf. Unklar jedoch über die Rolle der Partei im Massenkampf meinten sie, die USPD als legales schützendes Dach und als Rekrutierungsfeld verwenden zu können. Diese Entscheidung hat in der Tat aber nur den Opportunisten Vorteile gebracht, die das große Vertrauen, das Liebknecht, Luxemburg und andere Linke bei den Massen genossen, ausnutzen konnten, um das eigene Ansehen zu erhöhen.

Unter Berücksichtigung dieses wesentlichen Mangels auf der einen Seite sowie der gegen die Massenbewegungen gerichteten gewaltigen Mittel des Staatsapparats und der opportunistisch geleiteten politischen und gewerkschaftlichen Organisation andererseits war der Einfluß der zahlenmäßig kleinen Spartakusgruppe auf die Arbeiterklasse überraschend groß. Die makellose, unbeugsame, mutige revolutionäre Haltung ihrer führenden Köpfe gegenüber der feindlichen Flutwelle hatte sie stark gemacht. Die Namen Liebknechts und Luxemburgs waren jedem ehrlichen Arbeiter teuer. Für ihren Einfluß auf die Berliner Arbeiter war auch der Ausgang der Ersatzwahl im 11. Berliner Landtagswahlkreis am 20. März symptomatisch. Es war der Wahlkreis Karl Liebknechts, der auf Grund seiner Zuchthausstrafe sein Mandat verloren hatte und für den ein neuer Abgeordneter zu wählen war. Wie Karl Liebknecht es gewünscht hatte, kandidierte an seiner Stelle Franz Mehring. Für ihn, den Mitstreiter und Freund Karl Liebknechts, stimmten 341 Wahlmänner, während der Kandidat der SPD nur 48 und der von der Fortschrittlichen Volkspartei nur 44 Stimmen erhielt.²⁴ Die Spartakusbriefe gaben dem Proletariat eine klare revolutionäre Perspektive, die dem Sozialpazifismus nicht weniger als dem Sozialchauvinismus das Urteil sprach: „Für jede sozialistische Partei und Richtung“, so hieß es im Spartakusbrief Nr. 4 vom April 1917, „ist es heutzutage der wichtigste politische Prüfstein, wie sie sich zu der Friedensfrage stellt. Entscheidend ist dabei selbstverständlich nicht der Wunsch nach Frieden an sich. Dieser ist vielmehr nur eine allgemeine vage Formel, hinter der sich sämtliche Schattierungen der bürgerlichen wie der proletarischen Politik verbergen können. Alles kommt auf die politischen Methoden an, durch die man den Frieden herbeiführen will, und für Sozialisten — auf die Rolle, die man dem Proletariat dabei zuweist.“²⁵ Die Spartakusgruppe lehrte die deutschen Arbeiter, in der russischen Revolution ihre eigene Sache zu sehen und aus ihr die Erkenntnis zu gewinnen, daß der Friede durch die revolutionäre Aktion des Proletariats erzwungen und gestaltet werden mußte.

Die Erregung der Berliner Arbeiterschaft hatte einen Grad erreicht, daß ein kleiner Anlaß genügte, um in eine Massenaktion umzuschlagen. Diesen Anlaß gab die folgende

²⁴ „Berliner Tageblatt“, Nr. 146, vom 21. März 1917.

²⁵ Spartakusbriefe, a. a. O., S. 73.

amtliche Erklärung vom 23. März: „Wie bereits in der Presse bekanntgegeben, muß mit Rücksicht auf das Ergebnis der am 15. Februar ausgeführten Getreidebestandsaufnahme . . . zu einer Einschränkung des Brotgetreideverbrauchs geschritten werden. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidestelle . . . am 23. März mit Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 15. April d. J. beschlossen:

1. Herabsetzung der täglichen Mehrlration von 200 Gramm auf 170 Gramm.
2. Herabsetzung der von Selbstversorgern zu verbrauchenden Getreidemenge von 9 Kilogramm auf 6½ Kilogramm monatlich.
3. Kürzung der den Kommunalverbänden für Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen zugewiesenen Mehlmenge um 25 Prozent.
4. Streichung der Jugendlizenzzulagen.“²⁶

Die Erklärung versprach dafür eine regelmäßige Belieferung mit den vorgeschriebenen Kartoffelrationen, die trotz Herabsetzung seit Januar auf 3 Pfund wöchentlich häufig nicht verteilt werden konnten. Außerdem sollte die Fleischration um ½ Pfund pro Woche heraufgesetzt werden, was bei den trotz Subventionierung hohen Fleischpreisen für breite Bevölkerungsschichten finanziell nicht tragbar und darum wertlos war. Behörden und Presse mochten getrost das Gegenteil versichern; die werktätige Bevölkerung wußte es besser, daß die angekündigten Maßnahmen eine Verschlechterung ihrer Ernährungslage mit sich brachten. Je näher der 15. April, der Stichtag der Brotrationskürzung, heranrückte, um so mehr wuchs die Entschlossenheit insbesondere des Berliner Proletariats, mit einer Massenaktion zu antworten.

Lenin schrieb am 8. April in seinem Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter: „In Deutschland ist die Stimmung der proletarischen Massen bereits dem *Siedepunkt* nahe, der Massen, die der Menschheit und dem Sozialismus durch ihre beharrliche, hartnäckige, konsequente organisatorische Arbeit in den langen Jahrzehnten der europäischen ‚Stille‘ von 1871 bis 1914 so viel gegeben haben . . . Die objektiven Bedingungen des imperialistischen Krieges sind eine Gewähr dafür, daß die Revolution sich nicht auf die *erste Etappe* der russischen Revolution, daß sie sich *nicht* auf Rußland beschränken wird. *Das deutsche Proletariat ist der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen proletarischen Revolution.*“²⁷

²⁶ „Berliner Tageblatt“, Nr. 152, vom 24. März 1917.

²⁷ W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 397 (Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter).

KAPITEL II

AM VORABEND DES STREIKS

Die Erregung, die in den letzten Märztagen und in der ersten Aprilhälfte die Berliner Bevölkerung ergriff, war neuartig; sie war von bisher ungekannter Intensität und so allgemein wie nie zuvor. Es herrschte Gewitterschwüle. In einem zusammenfassenden Bericht des preußischen Innenministers v. Loebell an den Kaiser über Vorgeschichte und Verlauf des Aprilstreiks heißt es: „Diese Unruhe zeigte sich allerorten, überall wurde von der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen Streiks, von Demonstrationen und Lebensmittelunruhen gesprochen; zahlreiche Eingaben an Behörden, Zuschriften an Geistliche und Privatpersonen kolportierten Gerüchte über den Ausbruch solcher Unruhen. Die Urheber und der Grund dieser Gerüchte ließen sich nicht feststellen, der Streik lag aber in der Luft.“²⁸

In dem Bericht ist das Wort ‚Urheber‘ unterstrichen und an der entsprechenden Stelle des Randes mit Bleistift ‚England‘ geschrieben. Es kennzeichnet die im kaiserlichen Staatsapparat weit verbreitete Borniertheit, wenn man glaubte, für die Unruhe Agenten des feindlichen Auslandes verantwortlich machen zu können. So versandte der Chef des stellvertretenden Generalstabes der Armee in Berlin unter dem 10. April an verschiedene zentrale Behörden einen Auszug aus einer Mitteilung, wonach *„von England aus eine Anzahl in englischen Diensten stehende Agenten in Deutschland am Werke sei, um politische Unzufriedenheit zu erwecken und sie bis zur Revolution zu schüren.“* Die Zeit erschien ihnen jetzt geeignet dazu, weil die Wahlrechtspropaganda und Lebensmittelknappheit einen guten Untergrund abgaben. Man verspräche sich ein Ergebnis in 2 bis 3 Monaten. Durch diese Umtriebe und ihre Erfolge werde man die bisher fehlenden militärischen Erfolge an der Westfront wettmachen.“²⁹ Das Ministerium des Innern hielt es für angebracht, diese Fabel durch ein Geheimschreiben vom 12. April den Regierungspräsidenten und dem Berliner Polizeipräsidenten mit dem Ersuchen zuzuleiten, die zuständigen örtlichen Be-

²⁸ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 89 H, XXI Generalia 17, Bd. 5, Bl. 111

²⁹ Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden; Ministerium des Innern, Nr. 11071, Bl. 163.

hörden zu verständigen.³⁰ Am 27. April brachte auch die reaktionäre Presse diese Mär von den englischen Agenten.³¹ Seit eh und je ist es eine beliebte und in ihrer Wirkung nicht immer fruchtbare Methode der herrschenden Ausbeuterklasse, Revolutionäre als bezahlte Söldlinge auswärtiger Mächte zu verleumden. Die Geschichte kennt zahllose Beispiele, daß die Verleumder am Ende den eigenen Verleumdungen Glauben schenken.

v. Loebells Feststellung, daß der Streik in der Luft lag, gab treffend die Atmosphäre in Berlin wieder, wo die Arbeiterschaft, wie es in demselben Bericht heißt, „zum weit-aus überwiegenden Teile der radikalen Richtung der Sozialdemokratie, der ‚Arbeitsgemeinschaft‘ angehört.“³² Als Illustrationen können Briefe dienen, die aus regierungstreuen Kreisen der Bevölkerung an das Innenministerium gelangten. Die chauvinistisch verhetzten Kleinbürger, die im gefallenem Arbeiter gern den „Helden“ ehrten, dem lebenden aber mit der dümmsten Überheblichkeit begegneten, die fleißig zur Kirche gingen und auf Gott und Hindenburg vertrauten, erlebten plötzlich die intensive Realität des proletarischen Klassenkampfes, dem mit keiner Phrase von der Volksgemeinschaft mehr beizukommen war. Da ist der kaufmännische Angestellte eines Berliner Großbetriebes, der, wie er betont, inmitten der Arbeiterbevölkerung lebt und daher die Stimmung aus persönlicher Anschauung kennt. Am 14. April schreibt er dem Innenminister: „Das Volk ist nicht allein unwissend, sondern auch nicht denkfähig, es ist auch nicht im Sinne der gemäßigteren oder klügeren Richtung der sozialistischen Führer, sondern in der *allergrößten Mehrzahl radikal revolutionär*.“ Daß die meisten Arbeiter auf russische Art zu handeln bereit waren, versichert er mehrfach. Wichtig ist auch seine Feststellung, daß die revolutionäre Stimmung schon weit ins Kleinbürgertum eingedrungen war: „Die Äußerungen, die man jetzt in Arbeiterkreisen . . ., auch in anderen Kreisen, im Heer der Angestellten, bei den kleinen Staats- und anderen Beamten etc., zu hören bekommt, sind oft himmelschreiend bemitleidenswert. Im Innern sind sie alle jetzt radikal revolutionär gestimmt, sie sind nur vorsichtiger in ihren Äußerungen, wenn sie einen Fremden vor sich haben.“³³ Da ist die Büroangestellte und fleißige Kirchgängerin aus Lichterfelde, für die die Frau des Leutnants trotz ihrer unverschämten Wuchergeschäfte immer noch „Frau Leutnant“ bleibt und die sich in ihrer geschwätzigen Furcht vor dem Schreckgespenst der Revolution zu ihrem Pfarrer flüchtet, der so schön über die Notwendigkeit des Durchhaltens zu predigen weiß. Sie bebt: „Was sind das für Stimmen, die überall laut werden? Montag der Ausbruch einer allgemeinen Revolution? Sollte das wahr sein und mehr wie bloßes dunkles Gerücht? Seit mehreren Tagen herrscht in Berlin solche Gewitterstimmung.“³⁴

In der Tat, es ballte sich ein Gewitter in Berlin zusammen. Die Spartakusgruppe entwickelte eine ausgedehnte und intensive Agitationstätigkeit, um die allgemeine Unruhe in Massenaktionen umschlagen zu lassen. Einen aufschlußreichen Einblick in Umfang, Methode und Wirkung dieser Agitation vermittelt ein Bericht des sächsischen

³⁰ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 77, Tit. 500, Nr. 52, Bd. 1, Bl. 78.

³¹ „Deutsche Tageszeitung“, Nr. 212, vom 27. April 1917.

³² Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 89 H, XXI Generalia 17, Bd. 5, Bl. 112.

³³ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 77, Tit. 500, Nr. 52, Bd. 1, Bl. 94–96.

³⁴ Ebenda, Bl. 92/93.

Gesandten v. Nostiz aus Berlin an das sächsische Innenministerium vom 12. April: „Unter der Arbeiterbevölkerung wird seit der Bekanntgabe der Neuordnung der Lebensmittelversorgung von der Spartakusgruppe eine lebhaft, durch Geldmittel reichlich unterstützte Agitation getrieben, am 15. April große Demonstrationen zu veranstalten und am 16. den Generalstreik zu proklamieren. Besonders die Arbeiter der Munitionsfabriken erhalten täglich neues Agitationsmaterial. Vielfach sind es sogenannte Handzettel, die vervielfältigt sind und in denen zur Aufreizung der Arbeitsgenossen ermahnt wird. Andere Aufrufe tragen direkt revolutionären Charakter. Sie sind auf dünnstes Papier gedruckt und werden in Hunderttausenden von Exemplaren an Adressen von im Felde stehenden Arbeitern als Feldpostbriefe versandt und in den Fabriken und Werkstätten unter der Hand verteilt. Sie enthalten genaueste Anweisungen für den Weg, den die aufständische Bewegung gehen soll. Von Brotunruhen angefangen, bei denen Frauen und Kinder vorgeschickt werden sollen, bis zum Sturm auf die Banken. Das Bedauerliche ist, daß die alten Arbeiterführer, namentlich die Gewerkschaftsbeamten, fast allen Einfluß auf die Massen verloren haben, die vielfach unter dem Einfluß radikalster Hetzer stehen, die ihnen durch die von ihnen vorgeschlagene Gewaltpolitik mehr imponieren. Die Gewerkschaftsführer werden als von der Regierung gekauft hingestellt, da vielfach diese in Kriegsämtern und Ausschüssen mit den Regierungsvertretern sitzen, also ihr ‚Klassenbewußtsein‘ verloren haben. Selbst in rein militärischen Betrieben hat diese Hetze schon Boden gefunden.“³⁵ Wie eine handschriftliche Bemerkung des Empfängers am Rande feststellt, enthielt dieser Bericht „für das M. d. J. (Ministerium des Innern — H. S.) nicht viel Neues“.

Der Bericht ist summarisch und selbstverständlich aus der Perspektive des Klassenfeindes abgefaßt. Daher fließen dabei auch die bekannten unsinnigen Vorstellungen von den bezahlten ausländischen Agenten mit ein: „durch Geldmittel reichlich unterstützte Agitation“! Dennoch ist dieses Dokument ein hervorragendes Zeugnis für die Spartakusgruppe. Es zeigt sie im hartnäckigen, aufopferungsvollen, illegalen Kampf gegen den Terror des Staatsapparates, gegen die Umtriebe der Arbeiterverräter und im Bemühen, die Arbeiter von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Krieg auf revolutionärem Wege zu beenden. Während die Sozialchauvinisten Briefe aus dem Felde für die „Sozialdemokratische Feldpost“ fabrizieren ließen, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, durch keinen Streik den Nachschub an Waffen und Munition zu gefährden³⁶, zeigte Spartakus den Werktätigen im Waffenrock und denen im Arbeitskleid das wahre gemeinsame Interesse und den gemeinsamen Weg: Massenstreik im Graben und in der Fabrik zum Sturz der Regierung und zur Beendigung des Völkermordens. Die deutsche Linke tat ihre proletarische Pflicht.

Die herrschende Klasse schritt zur Organisierung einer verstärkten Gegenwehr. Generalleutnant Groener, der als Chef des Kriegsamts einen guten Überblick über die allgemeine Stimmung besaß, hatte schon frühzeitig den verschiedenen zuständigen staatlichen Stellen empfohlen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Bereits am 30. März

³⁵ Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden; Ministerium des Innern, Nr. 11071, Bl. 91/92.

³⁶ „Vorwärts“, Nr. 104, vom 17. April 1917.

übermittelte daraufhin der Innenminister sämtlichen Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten von Berlin einen entsprechenden Geheimerlaß. Art und Reihenfolge der vorgeschlagenen Maßnahmen sind recht aufschlußreich. An erster Stelle steht der nackte Terror, die brutale Gewalt: „Rechtzeitige und sorgsame Vorbereitung des Zusammenarbeitens zwischen Militär- und Zivilbehörden für den Fall etwa entstehender Unruhen.“ Leitende Polizeibeamte, die den möglichen Anforderungen nicht gewachsen waren, sollten durch rücksichtslos zupackende Männer ersetzt werden. Bei nachgiebigen Oberbürgermeistern war die „Beigabe energischer Hilfskräfte“, eventuell von Militärs, vorgesehen. Es bestanden bereits Zweifel an der Zuverlässigkeit der unteren Staatsorgane. Darum sah ein zweiter Punkt die Bestechung der „gering besoldeten Reichs- und Staatsbeamten“ durch erhöhte laufende Kriegszulagen vor; wo die Gemeinden bisher noch nicht so verfahren waren, sollten diese Zulagen vom 1. April ab gewährt werden. „Insbesondere sind die unteren Polizeiorgane zu berücksichtigen, deren Zuverlässigkeit und Tatkraft durch zu große Nahrungsorgen unter keinen Umständen gefährdet werden darf.“ Die Sicherung eines wirkungsvollen Einsatzes von Polizei und Militär war also das erste Anliegen. An zweiter Stelle stand als Punkt 3 die Ausnutzung der Agenturen der herrschenden Klasse innerhalb der Arbeiterbewegung: „Möglichste Fühlung mit den Gewerkschaften, auch da, wo nur ein mäßiger Teil der Arbeiter organisiert ist.“ Erst unter Punkt 4, an letzter Stelle, folgte eine Maßnahme, die auch von den Werkträgern gefordert wurde, die Bekämpfung des Schleichhandels. Bei dem Charakter dieser Maßnahmen ist sehr gut zu verstehen, daß der Erlaß den genannten Empfängern „eigenhändig“ zugestellt und seine schriftliche Weitergabe untersagt wurde.³⁷

Acht Tage später, am 7. April, erfolgte ein weiterer Erlaß des Innenministeriums, der als eine Ergänzung und Korrektur des ersten betrachtet werden muß. Er ging von der Möglichkeit aus, daß bei den zu erwartenden Unruhen am Tage der Brottrationskürzung die geringen Polizeikräfte zur Unterdrückung nicht ausreichen könnten und daher Neigung bestünde, militärische Hilfe anzurufen. Dazu gab der Innenminister folgende sehr aufschlußreiche Warnung: „Da es im Hinblick auf die allgemeine Lage in denkbar höchstem Grade unerwünscht sein würde, wenn militärische Kräfte gegen unsere eigene Bevölkerung in Tätigkeit treten müßten, ersuche ich die Polizeiverwaltung aller in Betracht kommenden Orte *streng vertraulich* mit Anweisung dahin zu versehen, daß im Falle von Aufläufen und Unruhen ihrerseits militärische Hilfe nur im äußersten und dringendsten Notfall bei wirklich erheblicher öffentlicher Gefahr requiriert wird.“³⁸ Die Erregung unter den Massen hatte sich von Tag zu Tag gesteigert, und der brutale Terror, der in jenem Erlaß vom 30. März noch an erster Stelle rangierte, war zu einer für die herrschende Klasse zweischneidigen Waffe geworden. Die schöne Phrase von dem gemeinsamen vaterländischen Dienst des Arbeiters im Waffenrock und des Arbeiters, der ihm die Waffen reicht, war in Gefahr. Man durfte nicht wagen, die Phrase auf diese Weise als infame Lüge zu entlarven, denn man brauchte sie mehr denn je. In dieser Zeit der Hochspannung hätten Schüsse einer

³⁷ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 77, Tit. 500, Nr. 52, Bd. 1, Bl. 45/46.

³⁸ Ebenda, Bl. 74; vgl. auch Rep. 89 H, XXI Generalia 17, Bd. 5, Bl. 62.

Infanterie-Einheit in die Menge eine schnelle und gründliche politische Aufklärung bewirkt.

Da sich der nackte Terror in diesem Stadium der Entwicklung nicht mehr empfahl, gewann für die herrschende Klasse ihre Agentur in der Arbeiterbewegung, die opportunistische Partei- und Gewerkschaftsführung, erstrangige Bedeutung. Bethmann Hollweg nannte rückblickend „die tatkräftige Mitwirkung“ dieser Arbeiterverräter „unentbehrlich“. ³⁹ Voraussetzung für eine wirksame Hilfe von dieser Seite war, daß die Verbindungen dieser Kreise zur werktätigen Bevölkerung nicht vollends abreißen. Die Verbindungen waren nur zu halten, wenn man sich scheinbar zum Verfechter der berechtigten Forderungen der Massen aufwarf. Dabei kam es darauf an, Töne zu finden, die entschlossen klangen, zugleich aber die Aufmerksamkeit der Massen auf unwesentliche, für die herrschende Klasse ungefährliche Angriffspunkte ablenkten. Mit dieser Methode hatte die sozialdemokratische Parteiführung schon in den vorausgegangenen Wochen nachdrücklich gearbeitet. So hatte Scheidemann in der Reichstagssitzung vom 27. Februar, nachdem er sich schützend vor den Reichskanzler gestellt hatte, einen lautstarken Angriff auf den preußischen Landwirtschaftsminister gestartet: „Wie eine Befreiung würde das deutsche Volk es empfinden, ein Jubelschrei würde durch das deutsche Volk gehen, wenn man wüßte, der Mann wird endlich von seinem Posten weggehen.“ ⁴⁰ Mit Recht verurteilte Ledebour in der Debatte am folgenden Tage Scheidemann und Konsorten, die „den Anschein der Opposition zu erwecken suchen, zwar die Regierung stützen mit allen Mitteln, aber einen einzelnen Minister als Demonstrationsobjekt herausgreifen, um an dem den Mut und die Treue des Volksvertreters hier im Reichstag zu beweisen“. ⁴¹ Daß dieser Kunstgriff nicht unwirksam blieb, beweist ein Handschreiben des Innenministers v. Loebell vom 7. April, der mitteilte, daß der Landwirtschaftsminister fortgesetzt Droh- und Schimpfbriefe erhielt, und auf die Notwendigkeit polizeilicher Schutzmaßnahmen hinwies. ⁴² Die Stellungnahme des Berliner Polizeipräsidenten v. Oppen dazu zeigt, daß er der Angelegenheit mit Recht wenig Beachtung schenkte. Er glaubte, von der Bereitstellung eines besonderen Sicherheitsdienstes für den Minister absehen zu können, und konzentrierte alle verfügbaren Kräfte für den Einsatz gegen zu erwartende Massenaktionen. ⁴³

Die Arbeiterschaft der Berliner Metallindustrie rüstete sich zum Kampf. Am 5. April berichtete der Polizeipräsident dem Oberkommando in den Marken, der zuständigen militärischen Behörde für Berlin, daß nach ihm vorliegenden Berichten die Arbeiterschaft beabsichtigte, in den ersten Tagen der zweiten Aprilhälfte eine große öffentliche Kundgebung gegen die Brottraktionskürzung und einen Streik in allen bedeutenden Betrieben durchzuführen. Insbesondere fürchtete er, daß die Bewegung einen politischen Charakter annehmen und auch auf andere Industriestädte übergreifen würde. An Einzelheiten wußte er mitzuteilen, daß am 2. April eine 500köpfige Versammlung der Maschinenarbeiter der Metallindustrie höhere Lohnforderungen und einen Protest

³⁹ Th. von Bethmann Hollweg: a. a. O., S. 188.

⁴⁰ Verhandlungen des Reichstags, a. a. O., Bd. 309, S. 2391.

⁴¹ Ebenda, S. 2429.

⁴² Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 77, Tit. 500, Nr. 52, Bd. 1, Bl. 87.

⁴³ Ebenda, Bl. 88.

gegen die Herabsetzung der Brotzuteilung beschlossen hatte. Weiter hatte er durch Spitzelberichte erfahren, daß die Arbeiter der AEG-Turbinenfabrik in der Huttenstraße in Moabit zusammen mit den benachbarten Großbetrieben am 15. April dieselben Forderungen erheben und anschließend in den Streik treten wollten. Schließlich hatten am 4. April in allen Stadtteilen Vertrauensmännerkonferenzen der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes stattgefunden, die die Polizei stark beunruhigten.⁴⁴ In die Konferenz des Bezirks Moabit hatte die Abteilung VII des Polizeipräsidioms einen Beamten eingeschleust, dessen Bericht dem an das Oberkommando abschriftlich beigelegt war.⁴⁵ Die Mitteilungen des Polizeipräsidenten wurden in ihrem wesentlichen Inhalt am 10. April mit dem Vermerk „Sofort! Noch heute!“ vom Oberkommando an das Kriegsministerium weitergegeben. „Die Angelegenheit wird hier mit der größten Aufmerksamkeit weiter verfolgt“, versicherte der Stabschef des Oberkommandos, v. Berge.⁴⁶ Seit Tagen herrschte hier Alarmstimmung. Bezeichnend dafür war das Ersuchen des Oberkommandos an den Berliner Polizeipräsidenten und an die Regierungspräsidenten in Potsdam und Frankfurt a. O. vom 5. April, „die nachgeordneten Dienststellen anzuweisen, von Straßenkundgebungen, Protesten in Lebensmittelfragen oder ähnlichen besonderen Ereignissen von politischer Bedeutung, unabhängig von der Berichterstattung hierüber, *sogleich* telegraphisch hierher Mitteilung zu machen“.⁴⁷

Die herrschende Klasse verfügte über keinerlei Mittel mehr, solche Konferenzen und Versammlungen zu verhindern. Um nicht von der anschwellenden Bewegung an die Seite gedrückt zu werden, trat die opportunistische Gewerkschaftsführung sogar selbst als Einberufer auf. Sie wollte auf diese Weise der Unzufriedenheit ein Ventil öffnen und gleichzeitig durch routinierte Lenkung die Versammlungen von energischen und konkreten Kampfschließungen abhalten. Typisch für diese raffinierte Taktik ist das Auftreten des Bezirksleiters Kano in der Moabiter Vertrauensmännerkonferenz am 4. April. In Moabit waren auf engem Raum große Metallbetriebe konzentriert. Die Arbeiter wollten den Streik, wie es auch die Spitzelberichte der Polizei bestätigten; also sprach Kano nur von einer Demonstration. Die Arbeiter erwarteten die Unterstützung ihres Verbandes; also teilte Kano ihnen mit, daß der Verband zusammen mit den Obleuten die Demonstration beschlossen hätte, aber diese Angelegenheit den Obleuten allein überließe. Die Arbeiter hielten den 16. April für den geeigneten Termin, weil mit diesem Tage die Brotkürzung einsetzte; also sprach er sich gegen diesen Termin mit der Begründung aus, daß er nicht geheim gehalten worden wäre. Auf die hinterhältigste Weise versuchte er abzuwiegeln, die Arbeiter zu verwirren und die Geschlossenheit ihres Einsatzes zu hintertreiben. Um sich einen guten Abgang zu verschaffen, versicherte er den Vertrauensmännern, daß die Demonstration bestimmt stattfände, und forderte sie auf, sich bereit zu halten.⁴⁸ Dabei war Kano,

⁴⁴ Ebenda, Bl. 71.

⁴⁵ Ebenda, Bl. 72.

⁴⁶ Ebenda, Bl. 81.

⁴⁷ Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam; Rep. 2 A, Abt. 1, Nr. 7a, Bd. 2, Bl. 102.

⁴⁸ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 77, Tit. 500, Nr. 52, Bd. 1, Bl. 72.

wie polizeiliche Ermittlungen ergaben,⁴⁹ Abonnent der Leipziger Volkszeitung und rechnete sich zur USPD. Welchen Flügel er darin vertrat, zeigte sich eindeutig Ende Juni auf der 13. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Köln, wo er über den Berliner Aprilstreik sprach und seine Parteifreunde Haase, Ledebour und Adolf Hoffmann in gemeinster Weise denunzierte.⁵⁰

Aber selbst diese Methoden verfangen nicht mehr. Die Arbeiter hörten nicht mehr auf das, was ihnen die rechten Gewerkschaftsführer sagten. Sie schoben förmlich die Gewerkschaftsführer vor sich her, die sich schließlich, um an den Massen zu bleiben, zu Stellungnahmen gezwungen sahen, die die Arbeiter akzeptierten. Der Kampfgeist wuchs, statt abzuflauen. Die opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer mußten erkennen, daß ein Streik nicht mehr zu vermeiden war. Scheidemann berichtet mit zynischer Offenheit: „In einer Besprechung mit der Generalkommission der Gewerkschaften hatten wir abgelehnt, uns an einem gemeinsamen Aufruf gegen den Streik zu beteiligen. Der besonnene Führer des Berliner Metallarbeiterverbandes Cohen hatte definitiv erklärt, daß jeder Aufruf gegen den Streik vollkommen nutzlos sein werde. Darauf antwortete ich, daß es nach dieser Erklärung eine grenzenlose politische Dummheit sein würde, einen Aufruf gegen den Streik zu veröffentlichen.“⁵¹ Um so eifriger aber konferierten sie mit der Regierung, die nach den Worten des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe „die schlimmsten Dinge voraussah, wenn der Streik sich länger hinziehen sollte“.⁵² Ebert und Scheidemann rieten nachdrücklich, die allgemeine Erregung nicht noch durch terroristische Maßnahmen von staatlicher Seite zu steigern: „Wir malten grau in grau. Was aus der Bewegung am 16. April werde, wisse kein Mensch. Er sollte dafür sorgen, daß die Behörden sich zurückhielten.“⁵³ Gleichzeitig bemühten sie sich über die Presse, die Erregung zu mildern und einem Ausbruch entgegenzuwirken. Am 11. April schrieb der „Vorwärts“: „Darum ergeht unser eindringlicher Rat an die Bevölkerung, *zunächst einmal abzuwarten, was der 15. April bringt*. Klappt es bei der Umschaltung, so ist die Frage, daß es schlimmer werden könnte als bisher, unbegründet. Und einstweilen ist die Hoffnung berechtigt, daß es klappen wird, weil es klappen muß!“⁵⁴ Am 14. April brachte dasselbe Blatt als Leitartikel eine Stellungnahme der Generalkommission der Gewerkschaften, die genauso abzuwiegeln versuchte.⁵⁵ Bethmann Hollweg telegraphierte am 16. April an den Kaiser: „Die Gewerkschaften, die sozialdemokratische Parteileitung und auch der Vorwärts haben sich in den letzten Tagen stark bemüht, beruhigend zu wirken.“⁵⁶

Ein anderer Versuch, die Kampfschlossenheit der Massen zu lähmen, bestand darin, die Arbeiter selbst direkt in den Kuhhandel mit der Regierung einzubeziehen. ,

⁴⁹ Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam; Rep. 30, Tit. 95, Sect. 7, Lit. D, Nr. 3a, Bd. 2, Bl. 560.

⁵⁰ „Metallarbeiter-Zeitung“, Nr. 27, vom 7. Juli 1917.

⁵¹ Philipp Scheidemann: Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S. 63.

⁵² Ebenda. ⁵³ Ebenda.

⁵⁴ „Vorwärts“, Nr. 98, vom 11. April 1917.

⁵⁵ „Vorwärts“, Nr. 101, vom 14. April 1917.

⁵⁶ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 89 H, XXI Generalia 17, Bd. 5, Bl. 122.

Am 13. April abends fand im Stadtverordnetensaal des Berliner Rathauses unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Wermuth eine Besprechung statt, an der von staatlicher Seite Vertreter verschiedener Zivil- und Militärbehörden teilnahmen; als Vertreter der Arbeiter hatten sich eingefunden der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission, die mittlere Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes und 70 bis 80 Arbeiterausschußobleute aus den größten Betrieben der Berliner Rüstungsindustrie.⁵⁷ Die Führung der Arbeitervertretung lag in den Händen der rechten Sozialdemokraten Körsten von der Gewerkschaftskommission, Cohen und Siering von der Berliner Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes. Die mittlere Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes zählte zehn Mitglieder, von denen sieben die Politik der rechten Partei- und Gewerkschaftsführung vertraten, einer — nämlich Kano — zu den heimtückischen Abwiegern aus der USPD und nur zwei zur Spartakusgruppe gehörten.⁵⁸ Das Oberkommando in den Marken war durchaus auf der falschen Fährte, wenn es in einem Schreiben vom 16. April an den Polizeipräsidenten in dieser Ortsverwaltung die Zentrale der Streikbewegung vermutete.⁵⁹ Im Gegenteil, die Körsten, Cohen und Siering hatten schon dafür gesorgt, daß sie in der Sitzung am 13. April mit den Behördenvertretern nicht allein standen. Ihre Bemühungen liefen darauf hinaus, keine politischen, sondern nur Versorgungsfragen zu diskutieren und mit dieser Aussprache Verhandlungen zu beginnen, die den offenen Kampf ersticken sollten. Der Staatskommissar für Volksernährung, Michaelis, leugnete dann auch in seinen Ausführungen irgendeinen Zusammenhang zwischen Politik und Lebensmittellage mit der demagogischen Begründung, daß selbst ein Friedensschluß im Moment die Vorräte um keinen Sack Kartoffeln vermehren würde. Die kritischen Bemerkungen der Gewerkschaftsführer beschränkten sich darauf, eine schärfere Bekämpfung des Schleichhandels und eine entschiedenere Erfassung der Nahrungsmittel zu verlangen. Die Aussprache endete mit der Aufforderung des Oberbürgermeisters an die anwesenden Arbeiter, die Schwierigkeiten der Lage zu begreifen und ihren Kollegen in den Betrieben entsprechend zu berichten.⁶⁰

Den Arbeitern hatte diese Sitzung also nichts als leere Worte gebracht. Das hinderte die führenden Gewerkschaftsvertreter nicht, getrost das Gegenteil zu behaupten. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb am 14. April: „Wie uns der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gewerkschaftssekretär Körsten mitteilt, haben die Erklärungen des Oberbürgermeisters Wermuth und der Regierung die Gewerkschaftsführer voll befriedigt, und sie hätten sich auch bereit erklärt, in diesem Sinne auf die Arbeiter einzuwirken.“⁶¹ Diese Mitteilung diskreditierte Körsten bei den Arbeitern, so daß der „Vorwärts“ am nächsten Tage ein Dementi brachte, das kein Dementi war: „Wie der Reichstagsabgeordnete Genosse Körsten mitteilt, hat er die Äußerungen, die ihm über

⁵⁷ „Vorwärts“, Nr. 102, vom 15. April 1917.

⁵⁸ Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam; Rep. 30, Tit. 95, Sect. 7, Lit. D, Nr. 3a, Bd. 2, Bl. 556, 560, 561.

⁵⁹ Ebenda, Bl. 554.

⁶⁰ „Vorwärts“, Nr. 102, vom 15. April 1917.

⁶¹ „Berliner Tageblatt“, Nr. 189, vom 14. April 1917.

das Ergebnis der Konferenz in der gestrigen Abendnummer des ‚Berliner Tageblattes‘ zugeschrieben werden, in der dort mitgeteilten Form nicht getan.“⁶² Von staatlicher Seite wurden die Bestrebungen der Gewerkschaftsführer durch den Vorschlag des Chefs des Kriegsammtes vom 13. April unterstützt, „in alle Verteilungsstellen für Ernährungsprodukte in Stadt und Land Vertreter der Arbeiterschaft abzuordnen, damit diese aus persönlicher Mitarbeiterschaft an dem Werke der Volksernährung sich die Überzeugung verschaffen können, daß die vorhandenen Lebensmittel tatsächlich richtig erfaßt und verteilt werden.“⁶³ Nicht genug damit, daß die Arbeiter bluteten und hungerten, sollten sie auch noch selbst aktiv helfen, diese verdammenswerte Ordnung zu stützen! Das „Berliner Tageblatt“ nannte es „Demokratisierung der Ernährungspolitik“ und widmete diesem Betrug am 14. April einen ganzen Leitartikel.⁶⁴

Diesen intensiven und raffinierten Versuchen des Klassenfeindes, die Kampfkampfschlossenheit der Arbeiterschaft zu untergraben, stemmte sich einzig die Spartakusgruppe mit Energie und Konsequenz entgegen. Schon das Zusammentreffen vieler radikaler Arbeitervertreter auf dem Gothaer Gründungsparteitag der USPD in den Ostertagen hatte sie ausgenutzt, um neben der offiziellen Tagesordnung in Separatbesprechungen Voraussetzungen zu schaffen, daß die Massenaktion gut vorbereitet und in möglichst vielen Industrieorten zugleich begonnen wurde. Die entschlossene Ankündigung eines Berliner Delegierten: „Am 15. April geht es in Berlin los!“ veranlaßte auch Vertreter anderer Städte zu konkreten organisatorischen Beschlüssen.⁶⁵ In Berlin wurde die intensivste Vorarbeit geleistet. „Es ergoß sich ein Regen von Flugblättern über die Berliner Arbeiter“, stellte Ende Juni der Vorstandsbericht auf der 13. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes fest.⁶⁶ In den Tagen vor dem 15. April wurde in den Fabriken Berlins das folgende Flugblatt der Spartakusgruppe verteilt:

„Auf zum Protest gegen die Volksaushungerung! Arbeiter! Genossen!“

Vom 16. April an soll die Brotration für das bereits hungernde, ausgemergelte Volk mehr als um ein Viertel gekürzt werden. Während unsere Söhne und Brüder in den Schützengräben und auf den Schlachtfeldern gemordet und zu Krüppeln geschossen werden, soll das arbeitende Volk am Hungertuche nagen, bis es seine Arbeitskraft vollends eingebüßt hat und an Erschöpfung elend zugrunde geht.

So erheischt es das Interesse der Kapitalisten- und Junkerklasse, das gebietet das Interesse des Klüngels, der den Krieg angezettelt und das Unheil über das deutsche Volk heraufbeschworen hat.

Arbeiter! Unsere Brüder, die russischen Proletarier, waren vor vier Wochen noch in derselben Lage. Wir wissen aber, was in Rußland eingetreten ist: das arbeitende

⁶² „Vorwärts“, Nr. 102, vom 15. April 1917.

⁶³ „Berliner Tageblatt“, Nr. 189, vom 14. April 1917.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ „Leipziger Volkszeitung“, Nr. 252, vom 8. November 1919, Erlebnisbericht von Hermann Liebmann.

⁶⁶ „Metallarbeiter-Zeitung“, Nr. 27, vom 7. Juli 1917.

Volk hat sich dort erhoben und nicht allein die Regelung der Lebensmittelfrage erzwungen. *Es hat sich zugleich — was unendlich wichtiger — Freiheiten erobert, von denen der deutsche Arbeiter noch nicht zu träumen wagt.*

Die russischen Arbeiter haben den Zarismus zerschmettert und *die demokratische Republik, die Einsetzung einer Volksregierung erkämpft!*

Und wir?

Sollen wir auch weiterhin das alte Elend, die Auswucherung, den Hunger und den Völkermord — die Ursache all unserer Qual und Pein — geduldig ertragen?

Nein! Tausendmal nein!

Verlaßt die Werkstätten und Fabriken!

Laßt die Arbeit ruhen!

Mann der Arbeit, aufgewacht!

Und erkenne deine Macht!

Alle Räder stehen still,

Wenn dein starker Arm es will!

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!

Friede! Freiheit! Brot!“⁶⁷

⁷ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Rep. 89 H, XXI Generalia 17, Bd. 5, Bl. 97.